

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

54. Jahrgang · 18. Wahlperiode · Ausgabe 2 · 4. April 2023

Aktuelle Stunden

Aktuelle Themen standen auch im März wieder auf den Tagesordnungen der Plenarsitzungen. Es ging u. a. um die Kinderarmut, den Rundfunkbeitrag, die Landwirtschaft und die Bezirksregierungen. S. 7-10, 12

Erdbeben

Der Landtag hat den Betroffenen der schweren Erdbeben in Syrien und der Türkei seine Anteilnahme ausgesprochen. In der Debatte berieten die Abgeordneten auch über konkrete Hilfe. S. 11

Ukraine

Vor einem Jahr begann der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine. Der Landtag gedachte der Opfer und bekräftigte seine Solidarität mit den Ukrainerinnen und Ukrainern. S. 13, 18-19

Landtag Lokal

Eine neue Veranstaltungsreihe bringt den Landtag in die Regionen. Die ersten Termine des Präsidiums im Rahmen von „Landtag Lokal“ fanden in Köln und in Erwitte statt. S. 14



Neue Regeln für die Windenergie Landtag beschließt Gesetz

INHALT

Windenergie und Abstände

Landtag beschließt neue Regeln S. 15

Foto: Adobe Stock/Sabine Hortebusch

Plenum

Belarus: Zeichen für

Demokratie und Freiheit S. 3

Meldungen S. 4

Debatte ums Leben

auf dem Land S. 7

Kontroverse Debatte

zum Rundfunkbeitrag S. 8

Die Inflation und

die Kinderarmut S. 9

Aktuelle Stunde zu

Bezirksregierungen S. 10

Anteilnahme nach

schweren Erdbeben S. 11

Tierwohl und

Landwirtschaft S. 12

Ukraine: Solidarität ist

ungebrochen S. 13

Forum

Der Landtag ganz lokal S. 14

„Häuser und Herzen für

die Geflüchteten aus der

Ukraine geöffnet“ S. 18

Aus den Fraktionen S. 20

Ausschüsse

Meldungen S. 22

Forum

Parlamentsgespräch S. 23

Kurz notiert S. 24

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnappertz (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 31. März 2023, 12 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Titelfoto: Adobe Stock/Sabine Hortebusch

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Zeichen für Demokratie und Freiheit



30. März 2023 – Der Landtag hat mit breiter Mehrheit die Menschenrechtsverletzungen in Belarus scharf verurteilt und sich an die Seite der dortigen Freiheitsbewegung gestellt. Er verabschiedete dazu einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP (18/3663). Die AfD-Fraktion stimmte gegen den Antrag.

Solidaritätsmarsch für die belarussische Opposition am 29. Mai 2021 im polnischen Krakau.

Foto: Imago/Nur Photo

Anlass war der „Belarus Freedom Day“ am 25. März, an dem die belarussische Opposition an die Gründung der Belarussischen Volksrepublik 1918 erinnert. Seit den Massenprotesten gegen die gefälschte Präsidentschaftswahl 2020 habe sich die Menschenrechtssituation in Belarus systematisch verschlechtert, heißt es in dem Antrag. Die Repressionen des autoritären Regimes von Machthaber Aljaksandr Lukaschenka nähmen weiter zu.

Nordrhein-Westfalen setze sich auf allen politischen Ebenen für die Inhaftierten und Verfolgten in Belarus ein und gewähre deren Familienmitgliedern, die im Land lebten, Beistand und Unterstützung. Mit dem Antrag wurde auch das neue Programm der „Demokratie-Brücken“ begrüßt, über das die Landtagsabgeordneten politische Patenschaften mit Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern weltweit eingehen können.

„Brutales Vorgehen“

Im Gegensatz zur Ukraine habe sich Weißrussland nie von Russland emanzipiert, sagte [Dr. Günther Bergmann](#) (CDU). Lukaschenkas Diktatur sei immer durch eine „Übernahme“ zur russischen Föderation gekennzeichnet gewesen. Er sei „brutal gegen die eigene Bevölkerung“. Politisch motivierte Festnahmen, Strafverfahren und Verurteilungen „passieren dort tausendfach“, sagte Bergmann. Er erinnerte an die „Wahlfälschungen von 2020“ und das „Niedertrampeln der aufkommenden Demokratiebewegung“. Es sei Zeit, neben der Ukraine Bela-

rus in den Mittelpunkt zu stellen und an das Schicksal der Menschen dort zu erinnern.

„Der Freiheitswille eines Volkes ist stärker als die Gefängnisgitter einer Diktatur“, sagte [Josef Neumann](#) (SPD). „Die Freiheit wird die Gitter sprengen – auch in Belarus.“ Lukaschenka und sein Unterdrückungssystem hätten „keine Legitimation für ihre Macht“. Wahlen seien gefälscht, Menschen gefoltert, vertrieben und getötet worden. Neumann erinnerte an „mutige Frauen“, das „Gesicht der Demokratiebewegung“, und an viele, die hinter ihnen standen. Lukaschenka habe sich zum „Handlanger Putins“ gemacht und sei ein „Kriegshelfer Russlands“. Der nächste internationale Haftbefehl müsse gegen ihn erlassen werden.

Die Menschen in Belarus hätten im Sommer 2020 in überwiegender Mehrheit für einen demokratischen Wechsel gestimmt, sagte [Berivan Aymaz](#) (Grüne). Sie hätten deutlich gemacht, dass sie ein modernes, weltoffenes Belarus wollten – ein Land, das Menschenrechte achte und mit seinen Nachbarn in Frieden lebe. Lukaschenka halte sich durch Wahlfälschungen „illegal“ an der Macht. Sein Regime gehe mit aller Härte gegen demokratische- und freiheitsliebende Menschen vor. Man dürfe nicht nachlassen, solidarisch an der Seite der Demokratiebewegung in Belarus zu stehen. Politisch Verfolgte müssten aufgenommen und geschützt werden, sagte Aymaz.

[Dr. Werner Pfeil](#) (FDP) sicherte der Opposition in Belarus die volle Unterstützung zu und verurteilte das Vorgehen des dortigen Regimes gegen die eigene Bevölkerung „aufs Schärfste“.

Seit den gefälschten Wahlen von 2020 habe sich die Menschenrechtssituation in Belarus weiter verschlechtert. Es habe 50.000 politische Festnahmen gegeben, 12.000 politische Strafverfahren. Es gebe offiziell 1.500 politische Gefangene, die Dunkelziffer sei höher. Zugleich unterstütze das Regime in Minsk den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, sei der „Co-Aggressor“.

[Sven W. Tritschler](#) (AfD) warf den anderen Fraktionen „Hybris“ vor. Die Zuständigkeit der Landespolitik ende an den Grenzen des Landes. Die Urheber des gemeinsamen Antrags wollten aber lieber die Welt retten. Lukaschenka sei seit 30 Jahren an der Macht. Das habe die Fraktionen aber bisher nicht interessiert. Tritschler sprach auch von „sinn- und folgenlosen Symbolanträgen“, um sich selbst auf die Schulter klopfen zu können. Zugleich mache man sich unglaublich, weil Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten wie Saudi-Arabien nicht angeprangert würden.

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Medien sowie Chef der Staatskanzlei, [Nathanael Liminski](#) (CDU), versicherte der belarussischen Opposition, die ganz überwiegende Mehrheit im Landtag sei auf ihrer Seite. Er dankte für den fraktionsübergreifenden Antrag. Er sei ein wichtiges Signal für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Meinungs- und Pressefreiheit. Liminski nannte die Zustände in Belarus unhaltbar. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl von 2020 dürfe so nicht stehen bleiben. Hier halte sich ein Diktator mit „roher Gewalt“ gegen den Willen der eigenen Bevölkerung an der Macht. *zab, wib*



Gleichstellung

8.3.2023 – Die Landesregierung solle sich dafür einsetzen, „dass Frauen stärker als bisher in allen Berufen und auf allen Ebenen vertreten sind“. Einen entsprechenden Antrag (18/3300) der Fraktionen von CDU und Grünen hat der Landtag mehrheitlich angenommen. Die AfD-Fraktion stimmte dagegen, SPD und FDP enthielten sich. Die „tatsächliche Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben“ sei noch nicht erreicht, heißt es in dem Antrag. Es müsse selbstverständlich sein, dass Frauen Führungspositionen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft bekleideten und den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhielten. Die Landesregierung solle u. a. einen „Lohnatlas“ für Nordrhein-Westfalen erarbeiten, der die Unterschiede bei der Entlohnung in Branchen und Regionen beleuchte. Dabei sollen Privatwirtschaft und Landesverwaltung berücksichtigt werden.

Gedenkstätte „Stalag“

8.3.2023 – Das Gelände des früheren Kriegsgefangenenlagers „Stalag 326“ in Schloß Holte-Stukenbrock soll zu einer Gedenkstätte von nationaler und internationaler Bedeutung weiterentwickelt werden. Dafür hat sich der Landtag einstimmig ausgesprochen. Er verabschiedete einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP (18/3293). Die Landesregierung wird u. a. aufgefordert, die Trennung vom heute auf dem Gelände ebenfalls befindlichen Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei Nordrhein-Westfalen (LAFP) zu prüfen und umzusetzen. Das Lager hatte ab 1941 der Internierung sowjetischer Kriegsgefangener gedient, ab 1942 auch Gefangener anderer Nationalitäten. Die Soldaten mussten Zwangsarbeit leisten und lebten unter menschenunwürdigen Bedingungen. Nach Schätzungen starben bis zu 70.000 Menschen während der Haft.

Kritische Infrastruktur

9.3.2023 – „Aus der Pandemie lernen: Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen

in Nordrhein-Westfalen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten!“ So lautet ein Antrag (18/60), den die SPD-Fraktion ins Plenum eingebracht hat. Geschlossene oder nur eingeschränkt betriebene Kitas und Schulen hätten sowohl Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen als auch auf die Erwerbsfähigkeit der Eltern. Wenn diese ihre Kinder betreuen müssten, anstatt zu arbeiten, könne dies wiederum Teile der kritischen Infrastruktur treffen. Die SPD-Fraktion stimmte für den Antrag, CDU, Grüne und AfD dagegen. Die FDP-Fraktion enthielt sich der Stimme.

Entschädigung von Flutopfern

9.3.2023 – „Während und nach der Flutkatastrophe“ vom 14. und 15. Juli 2021 sei es zu zahlreichen Straftaten gekommen, heißt es in einem Antrag (18/3313) der AfD-Fraktion. So hätten die Opfer der Flut weiteren Schaden erlitten, etwa durch Plünderungen ihrer Häuser. Die Fraktion fordert von der Landesregierung, die Betroffenen solcher Straftaten umgehend und vollumfänglich finanziell zu entschädigen. Alternativ solle sich die Landesregierung im Bundesrat für eine Entschädigung der Opfer in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz einsetzen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Große Anfrage

9.3.2023 – Die Abgeordneten haben sich mit der Digitalisierung von Arbeitsprozessen bei Finanzämtern befasst. Grundlage war eine Große Anfrage der FDP-Fraktion („Erzielte Fortschritte, bestehende Handlungsfelder und zukünftige Perspektiven bei der Digitalisierung der nordrhein-westfälischen Finanzverwaltung“; 18/153). Die Fraktion stellt darin 133 Fragen u. a. zum aktuellen Stand der Digitalisierung, zu künftigen Vorhaben, zur Personalsituation, Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie zum Datenschutz. In der Antwort der Landesregierung (18/1411) heißt es, dass das Ziel von Schwarz-Grün eine „leistungsfähige, bürger- und kundenfreundliche Finanzverwal-

lung“ sei. „Die Finanzverwaltung ist Vorreiterin der Digitalisierung und will die Digitalisierung weiter intensivieren.“ Bürgerbefragungen zeigten wiederholt eine „hohe Zufriedenheit mit der Benutzerfreundlichkeit der digitalen Dienstleistungen“. Laut interner Befragungen sei „auch die Zufriedenheit der Beschäftigten der Finanzverwaltung mit den bereitstehenden IT-Leistungen gestiegen“.

Krankenhausplanung

29.3.2023 – Die Pläne von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) für eine Krankenhausreform haben den Landtag beschäftigt. Grundlage war ein Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen (18/3673), in dem diese bekräftigten, dass die Krankenhausplanung Sache der Bundesländer sei. Diese im Grundgesetz garantierte Zuständigkeit der Länder stelle der Bundesgesundheitsminister infrage. Folge einer Umsetzung des Vorschlags der Expertenkommission des Bundes wäre, dass „wichtige medizinische Leistungen nur noch auf wenige Krankenhäuser im Rheinland und in Westfalen-Lippe konzentriert werden müssten“. Im ländlichen Raum käme es zu „drastischen fachlichen Einschränkungen der Krankenhäuser“. Die Landesregierung wird u. a. aufgefordert, an den Bundesgesundheitsminister zu appellieren, „zu einem konstruktiven Dialog zurückzukehren“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen angenommen. SPD und FDP stimmten dagegen, die AfD enthielt sich. Zwei Entschließungsanträge von SPD (18/3824) und FDP (18/3825) wurden mehrheitlich abgelehnt.

Untersuchungsausschuss

29.3.2023 – Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) wird sich mit der seit rund 15 Monaten gesperrten Rahmedetalbrücke auf der A 45 (Sauerlandlinie) befassen. Der Landtag hat die Einsetzung des PUA „Brückendesaster und Infrastrukturstau“ auf Antrag der Fraktionen von SPD und FDP (18/3651) beschlossen. Die Schäden an der Brücke seien seit Jahren bekannt, heißt es in dem Antrag. Der Ausschuss solle sich ein „Gesamtbild über mögliche Versäumnisse, Fehl-



Foto: Schälte

einschätzungen und mögliches Fehlverhalten“ der Landesregierung sowie weiterer Behörden und Unternehmen verschaffen. Neben den antragstellenden Fraktionen stimmte auch die AfD für die Einsetzung. CDU und Grüne enthielten sich. Die AfD-Fraktion hatte bereits in der Plenarsitzung am 8. März 2023 die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Rahmedetalbrücke beantragt. Der Antrag ([18/2840](#)) wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Männliche Lehrkräfte

29.3.2023 – An nordrhein-westfälischen Schulen unterrichteten zu wenig männliche Lehrkräfte, kritisiert die AfD-Fraktion in einem Antrag ([18/3646](#)). Dies gelte besonders für Grundschulen. Dort seien nur 9,9 Prozent des Lehrpersonals männlich. Ein zu geringer Anteil an Männern könne „negative Folgen auf die individuellen Bildungswege und -erfolge

gerade männlicher Schüler haben“, schreibt die Fraktion. Hamburg habe mit dem Modellprojekt „Mehr Männer an Grundschulen“ auf das Phänomen reagiert. Die Landesregierung solle ein ähnliches Projekt auflegen, so eine der Forderungen der AfD. Der Antrag wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Galeria Kaufhof

30.3.2023 – Der Landtag hat über die Insolvenz der Kaufhauskette Galeria Karstadt Kaufhof beraten. Die FDP-Fraktion hält laut Antrag ([18/3652](#)) eine Beteiligung des Landes an einer Transfergesellschaft nicht für sinnvoll, ebenso wenig wie Landeszuschüsse oder Kredithilfen für das Unternehmen. Vielmehr müsse das Land die Arbeitsagenturen unterstützen, die „voraussichtlich 4.000 bis 5.000“ Menschen, die wegen schließender Filialen ihren Job verlieren würden, weiterzuqualifizieren und sie in neue Beschäftigung zu vermitteln. Wegen des Fachkräfteman-

gels dürfe dies auch gelingen. Zugleich solle die Landesregierung einen „Innenstadt-Gipfel“ mit Fachleuten aus der Stadtplanung, dem Quartiersmanagement und dem Einzelhandel einberufen und so zu Lösungen ohne Langzeit-Leerstände beitragen. Die SPD-Fraktion forderte die Landesregierung in einem Antrag ([18/3664](#)) auf, mit dem Warenhauskonzern „auf Basis des ersten und viel zu spät terminierten Gesprächs am 18. März weitere intensive Gespräche zu führen, um die genannten 15 Standorte auf die Notwendigkeit einer kompletten Schließung hin zu prüfen“. Des Weiteren soll sich die Landesregierung an einer Transfergesellschaft beteiligen. Weitere Forderungen zielen auf die Qualifizierung und Vermittlung der von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten und auf Hilfen für die 15 Kommunen in NRW, in denen Filialen geschlossen werden sollen. Beide Anträge sowie ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion zum FDP-Antrag ([18/3844](#)) wurden mehrheitlich abgelehnt.

Verpflichtung

Der Präsident des Landtags, André Kuper (r.), hat am 9. März 2023 den SPD-Politiker Stefan Kämmerling als Abgeordneten verpflichtet. Der 47-jährige Bankkaufmann aus Eschweiler rückte über die SPD-Landesliste für den ausgeschiedenen Abgeordneten Ibrahim Yetim (SPD) nach. Kämmerling hatte dem Landtag bereits zwischen 2012 und 2022 angehört. Foto: Schälte





Jüdische Friedhöfe

30.3.2023 – 785.980 Quadratmeter – so groß ist die Fläche, die verwaiste jüdische Friedhöfe in Nordrhein-Westfalen einnehmen. „Die Friedhöfe sind eine bedeutende Quelle für die Erforschung jüdischer Geschichte“, schreiben die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP in einem gemeinsamen Antrag ([18/3662](#)), der einstimmig angenommen wurde. Kulturhistorisch seien die Friedhöfe von „unermesslichem Wert“. Daher müsse die im Jahr 1957 getroffene Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und jüdischen Gemeinden über die Pflege und Instandhaltung verwaister jüdischer Friedhöfe

weiter umgesetzt werden. Die Vereinbarung legt fest, dass Bund und Länder die Kosten zur Pflege und Instandhaltung der Friedhöfe je zur Hälfte tragen. Seit 2010 sei die Pflegepauschale nicht erhöht worden. Daher solle sich die Landesregierung in Verhandlung mit dem Bund für eine Erhöhung einsetzen und dies im Landesetat für das Jahr 2024 berücksichtigen.

Kulturpflanzen

30.3.2023 – Die AfD-Fraktion fordert von der Landesregierung Maßnahmen zum Schutz alter Kulturpflanzen. Diese seien ein „schützenswertes Kulturgut mit wirtschaftlichem Po-

tenzial“, heißt es in einem Antrag der Fraktion (18/3643). „Weil sie an ganz bestimmte Klima- und Bodenbedingungen angepasst sind, verfügen sie oft über einzigartige genetische Merkmale.“ Allerdings würden alte Kultursorten immer stärker vom Markt verdrängt. Treiber dieser Entwicklung seien vor allem landwirtschaftliche Monokulturen. Die Fraktion fordert u.a. Maßnahmen zur flächendeckenden Erfassung alter Kultursorten von Obst, Getreide und Gemüse. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume überwiesen.

GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen | [18/3645](#) | AfD | 1. Lesung am 29. März 2023 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz über die Bestimmung von zeitlichen Grenzen für die Festsetzung von Abgaben zum Vorteilsausgleich im Land Nordrhein-Westfalen | [18/1919](#), [18/3775](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 29. März 2023 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und weiterer Vorschriften | [18/3391](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 29. März 2023 | verabschiedet

Gesetz über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ (WDR-Gesetz) | [18/3644](#) | AfD | 1. Lesung am 30. März 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

Gesetz zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Vereinigung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts, und der LBS Nord-

deutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Anstalt des öffentlichen Rechts, zur LBS Landesbausparkasse NordWest, Anstalt des öffentlichen Rechts, und über die LBS Landesbausparkasse NordWest und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung | [18/3482](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 29. März 2023 | Überweisung an den Hauptausschuss

Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen | [18/1870](#) | SPD | 2. Lesung am 8. März 2023 | abgelehnt

Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen | [18/2140](#) | CDU und Grüne | 2. Lesung am 8. März 2023 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und weiterer Gesetze | [18/3065](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 8. März 2023 | Überweisung an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

Gesetz zur Zustimmung zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Dritter Medienänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung des WDR-Gesetzes (20. Rundfunkänderungsgesetz) | [18/3063](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 9. März 2023 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

Gesetz zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften | [18/2277](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Stiftungsgesetz NRW) | [18/1921](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Vermeidung von Gendersprache in den Angeboten des Westdeutschen Rundfunks (Gendersprache-Vermeidungsgesetz WDR) | [18/1368](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Debatte ums Leben auf dem Land

31. März 2023 – Wie kann das Leben auf dem Land attraktiver werden? Mit dieser Frage haben sich die Abgeordneten in einer Aktuellen Stunde befasst. Die FDP-Fraktion hatte die Aussprache beantragt.

Die Fraktion bezog sich in ihrem Antrag ([18/3786](#)) auf eine Forderung des Städte- und Gemeindebundes. Der habe die Politik aufgefördert, „die Stärkung des ländlichen Raumes als Ziel zu formulieren“. Die FDP-Fraktion wies u. a. auf die Wohnungsnot in Metropolen hin, während in ländlichen Gegenden viele Wohnungen leer stünden.

Vonseiten der Landesregierung sei „leider wenig zu vernehmen, welche Ideen und Plannungen sie hat, Interessen von Stadt und Land in Einklang zu bringen“. Eher das Gegenteil sei der Fall. Unlängst sei bekannt geworden, dass die Sportstättenförderung und das Sonderprogramm für Feuerwehrhäuser in ländlichen Gegenden wegfallen sollen.

In ländlichen Regionen seien immer mehr Menschen enttäuscht von der Landesregierung, sagte [Christof Rasche](#) (FDP). Bildung, Kultur, Sport, Freizeit, Feuerwehren – es müsse mehr getan werden für den ländlichen Raum. Nötig sei dort auch mehr Unterstützung bei der Unterbringung von Geflüchteten. Der ländliche Raum sei zudem „geradezu überzogen von Landschaftsschutzgebieten“, wo bislang keine Windkraft- und Solaranlagen errichtet werden dürften. Die Landesregierung habe es bisher nicht geschafft, den „Widerspruch zwischen Naturschutz auf der einen Seite und notwendiger Energiepolitik und Wirtschaftspolitik aufzulösen – ein Riesenproblem“.

Zwar gebe es Wohnungsleerstände auf dem Land, sagte [Dr. Ralf Nolten](#) (CDU). Im Sauer- und Lipperland gebe es Leerstandsquoten von 3 Prozent. In Städten wie Hagen, Remscheid, Solingen und Mönchengladbach sei die Quote allerdings ähnlich hoch. Die Arbeitslosenquote

wiederum sei auf dem Land häufig niedriger als in Städten. „Wirtschaftlich sind die ländlichen Kommunen im Schnitt nicht sehr viel schlechter aufgestellt – auch dank unserer gemeinsamen Politik.“ Ländliche Räume seien keine „Problemzonen“, sondern „Chancenzonen“. Die Landesregierung habe das längst erkannt und richte ihr Handeln danach aus.

„Wohnungsnot“

[Nina Andriessen](#) (SPD) hob die gute Nachbarschaft auf dem Land hervor. Man helfe sich. Das sei auch erforderlich, „weil jeder ausgefallene Zug, jeder verspätete Bus, jeder ungeplante Arztbesuch eine Herausforderung ist“. Dies gelte vor allem für Menschen ohne Auto. Die Streichung der Förderprogramme habe auch die SPD verärgert: „Wir wissen, wie wichtig gerade das Vereinsleben und Ehrenamt auf dem Land sind.“ Was sie ebenfalls ärgere: Die FDP beschreibe ländliche Räume als „Überlaufbecken für die Wohnungsnot in größeren Städten“. Auch in ländlichen Gebieten fehlten Wohnungen – gerade im unteren Preissegment, sagte Andriessen.

„Die Wohnungsprobleme von Bonn lösen wir nicht in der Eifel“, sagte [Norwich Rüße](#) (Grüne). Den Titel des FDP-Antrags zur Aktuellen Stunde nannte er „völlig falsch“. Dieser unterstelle, dass Räume zugunsten anderer benachteiligt würden. Die FDP scheine „von oben herab“ auf den ländlichen Raum zu blicken. Dass Bahnhöfe geschlossen und „zigtausende Bahnkilometer“ abgebaut wurden, liege daran, dass „eine Partei wie Sie eine Privatisierungs-ideologie durchgesetzt hat“. Wenn es nach der

FDP ginge, so Rüße, „würden die Züge nur noch zwischen Köln und Berlin fahren“. Denn das lohne sich.

[Andreas Keith](#) (AfD) warf der FDP-Fraktion vor, sie greife mit ihrem Antrag Missstände auf, die sie in der letzten Wahlperiode als Regierungspartei „mitverwaltet“, aber nie gelöst habe. Keith verwies auf mehrere Anträge seiner Fraktion zur Förderung des ländlichen Raums in den vergangenen Jahren, die im Landtag abgelehnt worden seien. So habe die AfD bereits 2019 eine Prüfung gefordert, wie Behörden und Hochschulinrichtungen aufs Land verlegt werden könnten, um die Ballungsräume zu entlasten. „Schönen guten Morgen, toll, dass Sie jetzt auch mal wach geworden sind“, rief er der FDP-Fraktion zu.

[Silke Gorißen](#) (CDU), Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz, wies die Kritik der FDP-Fraktion zurück. Die Stärkung des ländlichen Raums sei das erklärte Ziel der Landesregierung von CDU und Grünen. Sie unterstütze den ländlichen Raum mit voller Kraft. Dazu gehörten u. a. Fortschritte bei der Digitalisierung wie der flächendeckende Ausbau des 5G-Netzes und der Ausbau des Verkehrsnetzes. Wirtschaftswege seien elementar, um den ländlichen Raum zu erschließen. Die Landarztquote habe dazu geführt, dass Nachwuchsärztinnen und -ärzte auf dem Land arbeiteten. Dies sei ein „Erfolgsbeispiel made in NRW“.

Verbunden war die Aktuelle Stunde mit einem weiteren Antrag der FDP-Fraktion („Den ländlichen Raum stärken statt vernachlässigen“; [18/3657](#)). Er wurde zur weiteren Beratung an den Sportausschuss (federführend) überwiesen

tob, zab, wib



Kontroverse Debatte zum Rundfunkbeitrag

30. März 2023 – In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag mit dem Finanzbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks befasst. Bis Ende April müssen die Sender ihren Bedarf an die dafür zuständige Kommission gemeldet haben. Ziel ist die Festlegung des ab 2025 geltenden Rundfunkbeitrags.

Die Aktuelle Stunde fand auf Antrag der AfD-Fraktion (18/3785) statt. Darin heißt es u. a., die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten planten „eine weitere Erhöhung um bis zu 37,2 Prozent auf 25,19 Euro ab 2025“. Die Fraktion bezieht sich auf einen entsprechenden Medienbericht. „Business Insider“ hatte berichtet, die ARD-Intendanten hätten sich auf einen solchen Vorschlag geeinigt.

Die Rundfunkanstalten melden ihren Bedarf an die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF), die den Bedarf überprüft. Sie empfiehlt dann den Landesparlamenten die Festsetzung des Rundfunkbeitrags.

Reformen

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) habe nach Skandalen und Kritik in den vergangenen Monaten Reformwillen bekundet, sagte **Sven W. Tritschler** (AfD). Doch das sei nur gespielt gewesen. Das Rundfunksystem werde sich kaum selbst „abschalten“. Vom Sparen rede auch niemand. Das Rundfunksystem „wächst und wuchert vor sich hin“ und greife in die Taschen von Bürgerinnen und Bürgern. „Unser öffentlich-rechtliches Rundfunksystem ist längst über den Punkt hinaus, wo ein paar kleine Reförmchen genügen.“ Es brauche eine „durchgreifende Reform“, geringere Gebühren und ein besseres Programm. Dazu habe die AfD ein Konzept vorgelegt.

Andrea Stullich (CDU) wies darauf hin, dass die Anmeldung des Finanzbedarfs „kein Wunschkonzert“ sei. Die CDU-Fraktion habe sich „immer zu einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk bekannt und zugleich deutlich gesagt, dass die angestoßenen Reformen zügig und entschlossen“ fortgesetzt werden sollten. Es müsse sparsam gewirtschaftet werden. „Verschwendung und Maßlosigkeit haben im öffentlich-rechtlichen Rundfunk selbstverständlich nichts zu suchen.“ Gebühren müssten stabil bleiben. Die AfD wiederum lasse „jede konstruktive Auseinandersetzung mit der Finanzierung, dem Auftrag und dem Reformprozess“ des ÖRR vermissen und verbreite „billigen Populismus“.

Die AfD wolle „eine Krise herbeireden, die es gar nicht gibt“, sagte **Ina Blumenthal** (SPD). Die SPD-Fraktion stelle sich vor die Mitarbeitenden des WDR und des gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Der ÖRR liefere für die

Beiträge jeden Monat „gut recherchierte Nachrichten, niveauvolle Unterhaltung, werbefreie Kinderprogramme und Bildung in fast allen gesellschaftlichen Bereichen“ ins Haus. Hinzu komme Live-Sport. Gleichwohl sperre sich niemand gegen Bemühungen um mehr Effizienz, sagte Blumenthal. Das Vertrauen der Bevölkerung in den ÖRR sei ungebrochen. Dies spiegele sich auch in den Einschaltquoten wider.

Frank Jablonski (Grüne) bezeichnete den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als „wichtiges und zentrales Instrument der freien und unabhängigen Berichterstattung in Deutschland“. Für eine funktionierende Demokratie sei diese Berichterstattung unverzichtbar. Die „fantastische Recherchearbeit“ müsse aber auch finanziert werden. Bei der Anmeldung und Überprüfung der Finanzbedarfe sowie der Festsetzung der Rundfunkgebühren handle es sich um ein „erprobtes und bewährtes Verfahren“. Jablonski sprach von einer „Schauveranstaltung“ der AfD-Fraktion. Sie stelle verfassungsrechtliche Grundsätze infrage oder habe sie nicht verstanden.

Ralf Witzel (FDP) sagte, der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland sei der „teuerste weltweit“. Er könne und solle effizienter werden. Aus dem einstigen System der Grundversorgung sei an vielen Stellen eine „Vollkasko-Mentalität“ erwachsen. Die Breite des Angebots überschreite deutlich den Auftrag der Sender. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk befinde sich seit Jahren auf stetigem Expansionskurs. Diese Entwicklung halte seine Fraktion nicht für richtig. Vielmehr müsse eine Rückbesinnung auf die Grundversorgung mit einer Fokussierung auf Information, Bildung und Kultur erfolgen.

Der Minister für Medien und Chef der Staatskanzlei, **Nathanael Liminski** (CDU), sprach von „Mutmaßungen“ der AfD-Fraktion und betonte, das letzte Wort beim künftigen Rundfunkbeitrag sei noch lange nicht gesprochen. Man tue gut daran, sachlich darüber zu reden. Liminski verwies auf das Verfahren, wonach die Sender ihre Bedarfe bis Ende April bei der KEF anmelden müssten, die diese dann prüfe. Dann erst entschieden die Länder und Landesparlamente. Die Landesregierung und er selbst hielten die öffentlich-rechtlichen Sender für reformbedürftig, aber auch für reformfähig. Ziel müsse eine Beitragsstabilität sein.

tob, zab, wib



Foto: Schälte

Die Inflation und die Kinderarmut

29. März 2023 – Der russische Angriffskrieg in der Ukraine treibt auch die Inflation hierzulande an. Über Kinderarmut und steigende Preise für Mittagessen in Kitas und Schulen debattierte der Landtag in einer Aktuellen Stunde. Die Fraktion der SPD hatte sie beantragt.

„Essen ist ein Grundbedürfnis und eine ausreichende und ausgewogene Ernährung von Kindern und Jugendlichen darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen“, schreibt die SPD-Fraktion in ihrem Antrag (18/3784). Die Fraktion fordert die Landesregierung zum Handeln auf und bezieht sich auf Aussagen des

Armut sei ein „großes, ernstes und wichtiges Thema“ und eines der Hauptanliegen der „Zukunftscoalition“ aus CDU und Grünen. Jedes fünfte Kind wachse derzeit in Armut auf, das dürfe nicht sein. Es gehe aber „Schritt für Schritt voran“. Besser als viele Einzelmaßnahmen sei jedoch ein großes Gesamtpaket, das

nur eine Verwaltungsreform sein, sondern müsse die Sicht auf Kinder mit deren eigenen Bedürfnissen berücksichtigen und Hürden senken: „Kein Antrags- und Bewilligungs-marathon mehr!“, forderte Woestmann. 70 Prozent der Betroffenen machten ihre Ansprüche auf Unterstützung nicht geltend.



Lena Teschlade (SPD)

Dr. Jan Heinisch (CDU)

Marcel Hafke (FDP)

Eileen Woestmann (Grüne)

Zacharias Schalley (AfD)

Familienministerin
Josefine Paul (Grüne)

Landesvorsitzenden der Grünen in Nordrhein-Westfalen, Tim Achtermeyer.

In einem Zeitungsinterview hatte er sich in der Vorwoche angesichts einer Inflation von 20 Prozent bei Lebensmitteln für einen „vom Land getragenen Inflationsausgleich für das Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen“ ausgesprochen und angefügt: „Ich setze mich weiterhin dafür ein, dass das Land diesen Zuschuss in diesem Jahr gewährt.“ Die SPD-Fraktion fordert von der schwarz-grünen Landesregierung: „Diesen Worten müssen nun Taten folgen.“

Armut stigmatisiere, sagte [Lena Teschlade](#) (SPD). Sie erinnerte an den Antrag der SPD-Fraktion „NRW braucht jetzt eine Strategie gegen Armut“ aus dem vergangenen Jahr. Darin habe ihre Fraktion auch ein kostenloses Mittagessen gefordert. Der Antrag sei mehrheitlich abgelehnt worden. Das Thema sei noch immer „tagesaktuell“. Wegen der Inflation habe sich die Lage sogar zugespitzt. Den „warmen Worten“ der Landesregierung seien keine Taten gefolgt. „Sonntagsreden und Lippenbekenntnisse vor der Presse werden uns nicht helfen“, sagte Teschlade. Mit der CDU als Koalitionspartner würden die Grünen schnell an ihre Grenzen stoßen.

[Dr. Jan Heinisch](#) (CDU) wies die Kritik seiner Vorrednerin zurück. Die Bekämpfung der

Leistungen bündle. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Kindergrundsicherung hin. Die Bundesregierung habe sie versprochen und im Koalitionsvertrag vereinbart. Heinisch fragte, wo sie denn bleibe.

Kindergrundsicherung

„Alle Kinder und Jugendlichen brauchen echte Chancen“, bekräftigte [Marcel Hafke](#) (FDP). Armut sei mehr als fehlendes Geld – sie sei der Verlust von Freiheit und Teilhabe. Er betonte, wie wichtig es sei, Perspektiven zu haben. „Nur wer optimistisch in die Zukunft blickt, vertraut auch unserem Staat“, argumentierte er. Es brauche nicht nur gezielte Unterstützung von Kindern, sondern auch Jobs für die Eltern. Nordrhein-Westfalen habe aber das geringste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer, den langsamsten Kita-Ausbau der letzten zehn Jahre und – obwohl versprochen – nach wie vor kein drittes beitragsfreies Kita-Jahr.

Armut bedeute für ein Kind, abgehängt zu sein, bevor es die Chance gehabt hätte, dazuzugehören, erklärte [Eileen Woestmann](#) (Grüne). Kostenloses Mittagessen sei wichtig, beende aber keine Armut, sondern bekämpfe nur ein Symptom. Für wesentlich hielt die Abgeordnete eine Kindergrundsicherung. Diese dürfe nicht

„Die Sozialpolitik der etablierten Parteien ist wie die Pharmaindustrie“, kritisierte [Zacharias Schalley](#) (AfD): „Sie wollen nur Symptome lindern, denn bei Heilung fiele der Patient ja als Kunde aus.“ Der geforderte Inflationsausgleich für das Mittagessen in Kitas und Schulen sei lediglich eine „weitere Linderung der Symptome“, um „immer mehr Menschen an den staatlichen Tropf zu zwingen“. Es sei zu bezweifeln, dass „ein bisschen Kleingeld für das Mittagessen der große Wurf ist“. Keine von mehr als 150 familienpolitischen Leistungen habe „auch nur ansatzweise die Kinder- und Familienarmut in Deutschland sinken lassen“.

Kinder- und Jugendarmut zu bekämpfen, sei eine „zentrale soziale Herausforderung“, sagte Familienministerin [Josefine Paul](#) (Grüne). Die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg und die Inflation hätten die Armutskrise noch einmal verschärft. Paul kündigte für die Landesregierung an: „Wir werden einen Aktionsplan gegen Armut und einen Pakt gegen Kinder- und Jugendarmut erarbeiten.“ Dazu habe es im Dezember einen „ersten Aufschlag“ gegeben. Bund und Länder sollten zudem eine Gesetzesgrundlage für eine Kindergrundsicherung schaffen. „Armut darf nicht länger das größte Zukunftsrisiko für unsere Kinder und Jugendlichen sein.“

zab, sow, tob

Zusatzaufgaben und Personalmangel

10. März 2023 – In den Bezirksregierungen gebe es nicht genug Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zudem seien neue Aufgaben dazugekommen. Auf Antrag der SPD-Fraktion hat sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit der Personalsituation in den fünf Bezirksregierungen des Landes beschäftigt.

Einem Medienbericht zufolge habe Innenminister Herbert Reul (CDU) in einem Brandbrief an alle Mitglieder der Landesregierung über eine akute Überlastungssituation in den fünf Bezirksregierungen Köln, Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Detmold berichtet, heißt es im Antrag der Fraktion (18/3411). Demnach gebe es zu wenig Personal, um alle Aufgaben in der „gewünschten Qualität und Quantität zu erfüllen“. Die Bezirksregierungen sind sogenannte Landesmittelbehörden und übernehmen in der Verwaltungshierarchie eine mittlere Stellung zwischen den Ministerien und unteren Landesbehörden sowie Kommunen.

„Der Brandbrief von Minister Reul ist eine Bankrotterklärung“, kritisierte **Jochen Ott** (SPD). Die Abschaffung der Bezirksregierungen sei früher ein „Dogma“ der CDU in Nordrhein-Westfalen gewesen – in der Zeit, als Herbert Reul deren Generalsekretär gewesen sei. Im Innenministerium gebe es unter der Führung von Reul seit 2017 „kein Interesse“ mehr an Bezirksregierungen. Inhaltliche Verbindungen seien „gekappt“ worden. Reul habe sich „komplett“ auf das Thema Innere Sicherheit konzentriert. „Die Bezirksregierungen haben in dieser Landesregierung schlicht keine Lobby.“ Sie würden von ihrem Dienstherrn „kläglich im Stich gelassen“.

Die Bezirksregierungen hätten in den vergangenen Jahren zahlreiche Sonderaufgaben übernehmen müssen, entgegnete **Klaus Vossemer** (CDU). Er verwies u. a. auf Zusatzbelastungen durch Corona-Hilfen sowie Wiederaufbauhilfen nach der Hochwasserkatastrophe. Stellen

in den Bezirksregierungen seien aufgestockt worden, aber es mangle an Fachpersonal. Die Personalknappheit sei ein Erbe aus der Zeit vor 2017, als Rot-Grün regiert habe. Vossemer sprach von „langjährigen Versäumnissen“. Der aktuelle Innenminister dagegen komme seiner Fürsorgepflicht nach und suche nach Lösungen: „Herbert Reul kümmert sich.“

„Krise und Klarheit“

Viele Menschen seien betroffen, wenn z. B. Schulleitungsstellen nicht mehr besetzt werden, „weil die Arbeitskapazitäten fehlen, diese Verfahren rechtssicher abzuwickeln“, sagte **Ralf Witzel** (FDP): „Das ist für unser Land ein Problem.“ Der Innenminister habe eine Krise festgestellt und müsse nun für Klarheit sorgen, wie es mit den Bezirksregierungen weitergehe. Witzel kritisierte die Vielzahl von Förderprogrammen, für deren Umsetzung die Behörden zuständig seien. Häufig gehe es dabei nur um Klein- und Kleinstbeträge. Die Landesregierung müsse Prioritäten setzen, denn: „Wer alles fördert, fördert am Ende nichts.“

Es sei ein ernst zu nehmendes Problem, wenn viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überlastet sind, sagte **Simon Rock** (Grüne). Gründe seien u. a. eine hohe Zahl unbesetzter Stellen und zusätzliche Aufgaben. Allerdings sei die Notlage auch als Folge einer Vielzahl von Krisen entstanden. Die Aufgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe würden aber weniger – im

Gegensatz zur Unterbringung Geflüchteter aus der Ukraine. Mit dem Nachtragshaushalt 2022 seien fast 300 zusätzliche Stellen in den Bezirksregierungen geschaffen worden. Rock kündigte zudem an, dass Förderprogramme vereinfacht und verringert werden sollten.

Markus Wagner (AfD) verwies darauf, dass die Bezirksregierungen für wichtige Aufgaben zuständig seien – wie die Wiederaufbauhilfen für Betroffene der Flutkatastrophe von Sommer 2021. Solche staatlichen Kernaufgaben könnten nicht mehr so wahrgenommen werden, wie es sein sollte, weil Personal fehle. Sämtliche Landesregierungen der vergangenen zehn Jahre hätten einen massiven Stellenaufbau in den Ministerien zulasten der Bezirksregierungen vorgenommen. Damit schwäche man die Mittelinstanz. Die Landesregierung forderte er auf, nicht über diese Probleme zu reden, sondern zu handeln.

Innenminister **Herbert Reul** (CDU) warf der Opposition eine „Klamaukdebatte“ vor. Wichtig sei, ein Problem sauber zu benennen und dann systematisch an der Lösung zu arbeiten. Genau dies habe er gemacht. Reul betonte, dass die Bezirksregierungen viele Aufgaben im Zuge von nicht vorhersehbaren Ereignissen übernommen hätten. Die CDU-geführten Landesregierungen hätten den Mittelbehörden seit 2017 mehr Stellen und mehr Geld zur Verfügung gestellt. Dies reiche aber nicht aus, auch weil wegen des Fachkräftemangels nicht jede Stelle besetzt werden könne. Daher müsse auch nach anderen Wegen zur Entlastung gesucht werden.

tob, zab, wib

Foto: Schälte

Trauer, Anteilnahme, Hilfe

9. März 2023 – Die verheerenden Erdbeben in Syrien und der Türkei haben unermessliches Leid über die Betroffenen gebracht. Zwischen 20 und 30 Millionen Menschen leiden an den Folgen der Katastrophe. Der Landtag gedachte der Opfer mit einer Schweigeminute und sagte den betroffenen Regionen weitere Unterstützung zu.

Einstimmig verabschiedete der Landtag einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP (18/3294). Die Abgeordneten beauftragten die Landesregierung u. a., Möglichkeiten für weitere humanitäre Hilfslieferungen, medizinische Hilfen sowie Unterstützung beim Wiederaufbau zu prüfen. Zudem sollen nordrhein-westfälische Kommunen unterstützt werden, die langfristige Partnerschaften für den Wiederaufbau in den betroffenen Regionen übernehmen wollen.

In der Debatte sprach CDU-Fraktionschef **Thorsten Schick** von einem der „verheerendsten Erdbeben des 21. Jahrhunderts weltweit“: Hätte es Deutschland getroffen, wäre fast die ganze Bundesrepublik zerstört gewesen. Er sprach den Opfern sein „tief empfundenes Mitgefühl“ aus. Zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei gebe es seit Jahrzehnten eine besondere Verbundenheit – diese trage nun auch bei einem solchen Schicksalsschlag. „Wir helfen gerne“, bekräftigte Schick, auch auf Syrien bezogen. Die Hilfe aus der Bevölkerung sei überwältigend.

Die Erdbeben in Syrien und der Türkei bedeuteten eine „Jahrhundertkatastrophe“, sagte **Rainer Schmeltzer** (SPD). Die menschlichen Folgen und das Leid, das sie auslösten, seien maßlos. „Unterschätzen wir nicht die seelische Last, die viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in diesen Tagen tragen.“ Schmeltzer hob

das große Engagement der Menschen hervor, die wie selbstverständlich persönliche und finanzielle Einbußen hinnähmen, um zu helfen. Er regte an, dies steuerlich anzuerkennen. Hilfe werde für Jahre notwendig sein.

„Quälende Stunden der Ungewissheit“ habe sie durchlebt, sagte **Berivan Aymaz** (Grüne), als sie vom Erdbeben erfahren habe. Die Tochter, der Schwiegersohn und die drei Enkelkinder ihres Cousins hätten mehr als 30 Stunden in eisiger Kälte unter den Trümmern eines fünfstöckigen Hauses gelegen. „Das jüngste Kind überlebte es nicht. Sie wurde nur vier Jahre alt.“ Mehr als 50.000 Menschen hätten ihr Leben verloren. Humanitäre Hilfe sei dringend nötig. Visaverfahren des Bundes sollten ausgeweitet werden, damit mehr Betroffene in Deutschland aufgenommen werden könnten.

Beitrag zum Wiederaufbau

Das Leid vor Ort sei grenzenlos, sagte **Dr. Werner Pfeil** (FDP). Der Abgeordnete dankte allen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern aus NRW für ihren „unermüdlichen Einsatz“ im Katastrophengebiet. Es fehle an Nahrung, Wasser, Kleidung, Medizin, Unterkünften und vielem mehr. Für Nordrhein-Westfalen gelte es, einen Beitrag zum Wiederaufbau zu leisten. Betroffene bräuchten zudem Unterkünfte und medizinische Hilfe in Deutschland. Das „schnelle und unbürokratische Visaverfahren“ des Bundes sei daher zu begrüßen.

Was den Menschen in den betroffenen Gebieten widerfahre, „können wir uns nur ansatz-

weise vorstellen“, sagte **Dr. Hartmut Becker** (AfD). Dies reiche aber, um zu erkennen, dass sie Hilfe bräuchten – „Hilfe von uns, die wir im Trockenen und Warmen sitzen und die wissen, dass wir morgen satt werden, und die wir uns um die elementaren menschlichen Bedürfnisse generell keine Sorgen machen müssen“. Diese Hilfe komme auch von privater Seite. Es sei wichtig, auf die Dauer der Not und der Unterstützung hinzuweisen.

Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU) berichtete von einer Frau, die nach einer 50-stündigen Rettungsaktion aus den Trümmern lebend geborgen werden konnte, später aber im Krankenhaus starb. „Man könnte jetzt glauben: Was für ein Rückschlag, was für ein Misserfolg“, sagte Wüst. So sei es aber nicht gewesen, hätten Helferinnen und Helfer gesagt: „Sie ist in den Armen ihrer Angehörigen gestorben. Und allein das ist all den Einsatz wert gewesen.“ Wüst dankte allen Helferinnen und Helfern. Der Wiederaufbau werde Jahrzehnte dauern. Nordrhein-Westfalen werde helfen. *sow, tob, zab*

Vor Beginn der Debatte hatte der Präsident des Landtags, André Kuper, den von der Erdbebenkatastrophe Betroffenen die Anteilnahme des Parlaments ausgesprochen. An sie gerichtet, versicherte der Präsident: „Sie sind in Ihrer Trauer und mit Ihren Sorgen nicht alleine.“

Der Präsident dankte den vielen Helferinnen und Helfern aus Nordrhein-Westfalen. Er empfing Vertreterinnen und Vertreter von Hilfsorganisationen sowie aus den betroffenen Gebieten im Parlament, die die Debatte von der Tribüne aus verfolgten.

Foto: Imago/ZUMA Wire





PLENUM

Tierwohl und Landwirtschaft

8. März 2023 – Soll die konventionelle Schweinezucht finanziell genauso gefördert werden wie kleinere und biologisch wirtschaftende Betriebe? Um diese Frage ging es in einer Aktuellen Stunde. Die Fraktionen von SPD und FDP hatten sie beantragt.

Beide Fraktionen bezogen sich auf Äußerungen der nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen (CDU). Sie habe Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) vorgeworfen, „für das Höfesterben in NRW und den Niedergang der Tierproduktion verantwortlich zu sein“, weil er vor allem kleinere und biologisch wirtschaftende Betriebe fördern möchte, heißt es im Antrag (18/3409) der SPD-Fraktion. Die Landesregierung müsse erklären, wie sie das Tierwohl fördern wolle und wie sie zu den Plänen Özdemirs stehe, schreibt die SPD.

„Laut Ministerin Gorißen müssten Förderprogramme grundsätzlich allen Betrieben offen stehen“, heißt es im FDP-Antrag (18/3410). Diese Aussage stimme jedoch nicht mit den im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen vereinbarten Zielen für das Land Nordrhein-Westfalen überein. Beide wollten „die Tierwohl-Förderung ebenfalls deckeln und nicht allen Betrieben gleichermaßen zur Verfügung stellen“. Gorißen habe Irritationen darüber ausgelöst, „welchen Kurs die schwarz-grüne Landesregierung hält bzw. in Zukunft einschlagen will“.

René Schneider (SPD) sprach von einer „Brandmauer“ zwischen grüner Umweltpolitik und konservativer Agrarpolitik. Die Landwirtschaftsministerin stehe mit ihrem Amtsverständnis dem Wohl der Bäuerinnen und Bauern im Weg. Ein Festhalten an einer heilen Welt, die es so nicht mehr gebe, verhindere eine echte Transformation des gesamten Sektors. Der Trend zu weniger Fleischkonsum lasse sich nicht aufhalten. „Erst wenn Sie Tierwohl und Landwirtschaft zusammendenken, haben Sie den Ernst der Lage erkannt“, sagte Schneider.

„Die Landwirtinnen und Landwirte hätten es mehr als verdient“ und wünschten sich Planungssicherheit.

Die Landwirtschaft brauche Perspektive und Planungssicherheit, sagte **Dietmar Brockes** (FDP). Seine Fraktion unterstütze die Ministerin: Eine Tierwohl-Förderung solle allen Betrieben zugutekommen. Wenn sie Höfe ab einer bestimmten Größe ausschliesse, gingen etwa 30 Prozent der rund 23.450 Betriebe in NRW leer aus. Brockes forderte einen flächendeckenden Umbau, bei dem die Landwirte im europäischen Wettbewerb bestehen könnten. Sonst verlagere sich die Tierhaltung in andere Staaten. „Den Tieren ist nicht geholfen, wenn wir die Missstände exportieren“, argumentierte der Abgeordnete.

Umbau der Tierhaltung

Es sei richtig, dass Ministerin Silke Gorißen die Ampelkoalition und den verantwortlichen Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir kritisiert habe, sagte **Markus Höner** (CDU). Sie stelle sich vor die Bäuerinnen und Bauern. Für Nordrhein-Westfalen sei die Nutztierhaltung von grundlegender Bedeutung, dies stehe auch im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) stelle jedoch nicht genug Mittel zur Verfügung, um die Ergebnisse der sogenannten Borchert-Kommission zum Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung komplett umzusetzen. „Ohne Moos nix los“, sagte Höner.

„Die aktuelle Agrarpolitik treibt uns in die Abhängigkeit von Importen, globalen Lieferketten, wenigen Monopolisten und einen von Spekulanten manipulierbaren Weltmarkt“, sagte

Zacharias Schalley (AfD). Die „schwindende Zahl landwirtschaftlicher Betriebe“ sei eine Gefahr für die Versorgungssicherheit. Ein „tragfähiges agrarpolitisches Leitbild“ müsse das Ziel haben, die Lebensmittelversorgung auf eine breite Basis zu stellen und den bäuerlichen Familienbetrieben ein angemessenes Einkommen zu ermöglichen. Die Ziele Naturschutz und Tierwohl seien bei dieser Betriebsform immanent.

Während die Opposition nur kritisiere, biete die schwarz-grüne Landesregierung Lösungen an, sagte **Norwich Rübe** (Grüne). Schwarz-Grün wolle in Nordrhein-Westfalen ein Programm auflegen, um „Musterställe“ aufzubauen und neue Grundlagen der Tierhaltung zu erproben. Daneben unterstütze die Landesregierung die Empfehlungen des „Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung“ (Borchert-Kommission). Diese würden sowohl für die konventionelle als auch für die ökologische Tierhaltung gelten. Um umfassende Änderungen zu ermöglichen, müsse der Bundesfinanzminister deutlich mehr Geld zur Verfügung stellen.

Zwischen November 2020 und November 2022 sei die Zahl der Schweine haltenden Betriebe bundesweit jährlich um 9 Prozent und in NRW um 11,7 Prozent zurückgegangen, sagte Landwirtschaftsministerin **Silke Gorißen** (CDU). Es gebe einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber, dass die Nutztierhaltung neu aufgestellt werden müsse. „Wir wollen eine starke heimische Nutztierhaltung mit einem Bekenntnis zu kurzen Transportwegen und durchgängiger Tierhaltungskennzeichnung.“ Die Empfehlungen der 2019 eingerichteten Borchert-Kommission böten die „richtige Grundlage“, um den Transformationsprozess zu begleiten.

sow, zab, tob

Ukraine: Solidarität ist ungebrochen

8. März 2023 – Der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine begann vor gut einem Jahr. Er hat seitdem Tausende Menschenleben gekostet. Allein Nordrhein-Westfalen hat bislang mehr als 225.000 geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer aufgenommen. Der Landtag hat dem Land und seiner Bevölkerung nun erneut seine Solidarität versichert. Ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP wurde einstimmig angenommen.

„Seit dem 24. Februar 2022 erleben Ukrainerinnen und Ukrainer täglich brutale und menschenverachtende militärische Angriffe auf ihre Heimat“, heißt es in dem Antrag (18/3292). Die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssten zur Rechenschaft gezogen werden. Nordrhein-Westfalen biete Kriegsflüchtlingen weiterhin Zuflucht und gewährleiste ihnen eine sichere Ankunft, Unterbringung und Versorgung. Die Fraktionen dankten den Kommunen und den vielen Ehrenamtlichen für ihren Einsatz. Der Landtag bekräftigte zudem seinen Willen, „die Ukraine auf ihrem Weg in die Europäische Union weiter zu unterstützen“.

„Putin hat gehofft, dass sich Europa spalten lässt. Das ist ihm nicht gelungen“, betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Thorsten Schick**. „Die Ukraine muss den Krieg gewinnen“, fügte er hinzu. Es gelte, das Land auf seinem Weg in die Europäische Union zu begleiten, und Nordrhein-Westfalen leiste einen großen Beitrag. Zudem stelle das Land in diesem Jahr wie bereits im vergangenen Jahr 3 Milliarden Euro bereit, um Geflüchteten zu helfen. Die Kommunen leisteten Herausragendes. „Solange der Krieg andauert, werden wir an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer stehen und ihnen helfend die Hände reichen“, so Schick.

„Tapfere Frauen der Ukraine“

Thomas Kutschaty, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, erinnerte in seiner Rede an eine getötete ukrainische Sanitäterin und an eine ukrainische Regisseurin. „Wenn wir heute der Ukraine die Solidarität versichern, dann tun wir das insbesondere auch für die tapferen Frauen der Ukraine“, sagte Kutschaty bei der Diskussion im Plenum, die am Weltfrauentag stattfand. Ihre Leistungen seien bewundernswert, ihr Leid zugleich tief erschütternd. Oft seien sie Opfer und Heldinnen zugleich. Sie kämpften für „die Freiheit, die für uns selbstverständlich ist“. „Wir alle hoffen auf Frieden, aber es muss ein gerechter Frieden sein“, unterstrich der Abgeordnete.

Seit mehr als einem Jahr erlebten die Menschen in der Ukraine permanent Gewalt, Kriegsverbrechen, Angst und Terror, sagte Grünen-Fraktionschefin **Wibke Brems**. Frauen sorgten sich um ihr Leben und ihre Unversehrtheit, für

Kinder sei es normal, bei Bombenalarm in den Keller zu gehen. Jugendliche erlitten Traumata, ältere Menschen bangten um ihre Kinder und Enkelkinder. Solidarität kenne keine „Obergrenze“, sagte Brems. Man müsse bereit sein, eigene Einschränkungen hinzunehmen, zusammenzustehen und an Lösungen zu arbeiten: „Wir stehen zu unserer humanitären Verpflichtung, wir stehen zu unseren demokratischen Werten.“

„Deutschland muss die Ukraine weiter unterstützen“, sagte FDP-Fraktionschef **Henning Höne**. Dazu gehöre auch die Lieferung von Waffen zur Stärkung der Selbstverteidigung. Höne sprach die „sogenannte Friedensdemo – unter anderem organisiert von Sahra Wagenknecht“ – an. Auf „perfide und ekelhafte Art“ sei dort Geschichtsklitterung betrieben worden. Er finde nicht, dass sich aus der deutschen Geschichte ableite, „dass wir neutral sind“, sondern „dass wir ganz eindeutig auf der Seite des Völkerrechts stehen, und das Völkerrecht steht auf der Seite der Ukraine“. Für die Menschen in der Ukraine dauere der Konflikt viel länger als ein Jahr.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD) nannte den Einmarsch in die souveräne Ukraine einen „Verstoß gegen die UN-Charta und das Völkerrecht“. Der Einmarsch bedeute zudem eine „Zeitenwende für Europa und für unsere Sicherheitspolitik“. Deutschland müsse mehr tun, um Kriegsverbrechen aufzuklären, verfüge dazu aber über nur wenige Kompetenzen. Die Verantwortlichen müssten zur Rechenschaft gezogen werden. Erstaunlich sei, dass in Deutschland diejenigen „laut nach Waffen schreien, die vor kurzer Zeit am wenigsten mit Militär anfangen konnten“. Das zeige die „Halbwertszeit einer ideologisch getriebenen Politik“.

Die Botschaft an die Ukraine sei klar: „Wir haben euch nicht vergessen“, sagte Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU). Putin habe den Krieg zurück nach Europa gebracht und ohne jedes Recht begonnen. Der Krieg werde „mit ungeheurer Härte und Brutalität gegen die Zivilbevölkerung geführt“. Inzwischen seien mehr als 225.000 Menschen nach Nordrhein-Westfalen geflohen. Wüst dankte denjenigen, die die Hilfe für Menschen aus der Ukraine zu ihrer „Herzenssache“ gemacht und ihre „Herzen und Häuser“ geöffnet hätten. Weiterhin gelte: „Wer vor Putins Krieg flieht, ist bei uns in Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen.“ *sow, zab, tob*

Foto: Imago/NurPhoto

(siehe auch S. 18 und 19)

Der Landtag ganz lokal

27. Februar / 20. März 2023 – Der Landtag kommt zu den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen. „Landtag Lokal – Demokratie vor Ort“, so lautet der Titel der neuen Veranstaltungsreihe, die Ende Februar ihre Premiere in der größten Stadt des Landes, Köln, hatte. Für die Reihe reist das Präsidium des Landtags in die unterschiedlichen Regionen des Landes.



Seit Februar besucht das Präsidium des Landtags die Regionen Nordrhein-Westfalens. Am 20. März machten Präsident André Kuper (2.v.l.), Vizepräsident Rainer Schmeltzer (r.), Vizepräsidentin Berivan Aymaz und Vizepräsident Christof Rasche Station in Erwitte. Foto: Landtag NRW/Ronja Sahn

Bereits am 20. März folgte der zweite Termin in Erwitte (Kreis Soest). Der nächste Stopp von Landtag Lokal ist für den 24. April in Lünen geplant. In diesem Jahr wird es insgesamt weitere fünf Termine geben (siehe Kasten).

Mit dem jeweils ganztägigen Programm informieren der Präsident des Landtags, André Kuper, sowie Vizepräsident Rainer Schmeltzer, Vizepräsidentin Berivan Aymaz und Vizepräsident Christof Rasche vor Ort über die Arbeit des Parlaments und stehen den Menschen als Gesprächspartner zur Verfügung.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, betont: „Der Landtag geht direkt auf die Menschen vor Ort zu. Dort, wo sich die Bürgerinnen und Bürger im Alltag begegnen, wo sie zusammenleben und die Stadtgesellschaft mitgestalten, liegen die starken Wurzeln unserer Demokratie. ‚Landtag Lokal‘ bestärkt die Menschen, die sich in ihrer Heimat engagieren. Landespolitik ist nicht weit weg, sondern sie entsteht im direkten Austausch der Abgeordneten mit den Menschen dieses Landes.“

Das Format ist auch ein weiterer Beitrag des Landtags zur Stärkung der Demokratie und zur Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements. Dazu sagt Präsident Kuper: „Wir leben in einer Zeit, in der unsere parlamentarische Demokratie und ihre Werte von innen und von

außen angegriffen werden. Als Demokratinnen und Demokraten müssen wir diesen Angriffen die starke Botschaft des Zusammenhalts entgegenhalten – dort, wo Demokratie wächst und gedeiht: in unseren Familien und Freundeskreisen, vor unseren Haustüren und in unserer Nachbarschaft. Nicht ohne Grund werden die Städte und Gemeinden als ‚Schule der Demokratie‘ bezeichnet.“

Besuch in Schulen

Das Programm bündelt bereits bestehende Aktivitäten des Landtags in einer Kommune. Dazu gehören die Besuche der vier Präsidiumsmitglieder an Grund- sowie weiterführenden Schulen, bei denen sie mit den Schülerinnen und Schülern über den Landtag, die repräsentative Demokratie und aktuelle Themen ins Gespräch kommen. Hinzu kommen beispielsweise eine Bürgersprechstunde des Petitionsausschusses oder die „Demokratieschule“ – ein Gesprächsformat in Integrationskursen.

In Köln stand die demokratische Kinder- und Jugendbildung im Mittelpunkt. Das Präsidium tauschte sich u.a. mit Schülerinnen und Schülern der Martin-Köllen-Schule aus, einer Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Emotionale-Soziale Entwicklung. Im Rat-

haus fand eine Bürgersprechstunde des Petitionsausschusses statt. Der „Kummerkasten des Landtags“ hilft Bürgerinnen und Bürgern bei Problemen mit Ämtern und Behörden.

Die Präsidiumsmitglieder waren auch zu Gast bei der Nachbarschaftshilfe „Kölsch Hätz“ (Kölner Herz). Bei einem abendlichen Empfang im historischen Rathaus der Domstadt würdigte der Landtag gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Henriette Reker, das Engagement verdienter Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

Auch in Erwitte besuchten die Präsidiumsmitglieder wieder verschiedene Schulen und kamen mit den Schülerinnen und Schülern ins Gespräch. Zudem machten sie sich einen Eindruck von der Arbeit der Flüchtlingsinitiative und dem Pilotprojekt „Klimaneutrale Zementregion NRW-Erwitte/Geseke“.

red

Termine

24. April 2023:	Lünen
12. Juni 2023:	Höxter
4. September 2023:	Werdohl
23. Oktober 2023:	Schloß Holte-Stukenbrock
27. November 2023:	Monschau

Windenergie und Abstände

8. Februar / 8. März 2023 – 1.000 Meter: Das ist der in Nordrhein-Westfalen gesetzlich vorgeschriebene Mindestabstand zwischen neuen Windenergieanlagen und Wohngebieten. Fürs sogenannte Repowering – damit ist der Ersatz älterer Anlagen oder Teilen davon durch moderne und leistungsfähigere gemeint – hat die Landesregierung die pauschale Abstandsregel inzwischen gestrichen. Bis 2025 sollen die Mindestabstände dann stufenweise ganz abgeschafft werden. Der SPD-Fraktion geht das nicht schnell genug.

In einer gemeinsamen Anhörung der Ausschüsse für Bauen, Wohnen und Digitalisierung sowie für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie haben sich Sachverständige zum Thema geäußert. Grundlage waren Gesetzentwürfe von SPD (18/1870) sowie CDU und Grünen (18/2140), außerdem ein Antrag der regierungstragenden Fraktionen (18/2141). Den Gesetzentwurf von CDU und Grünen hat das Plenum am 8. März 2023 mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen verabschiedet. Der Gesetzentwurf der SPD wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Die SPD-Fraktion sieht in pauschalen Mindestabständen von 1.000 Metern ein „wesentliches Hindernis“ für den Ausbau der Windkraft. Zwar habe die Landesregierung eine stufenweise Abschaffung angekündigt, „wobei unverzüglich die vorgegebenen Abstände beim Repowering von Anlagen gestrichen werden sollten“. Auch könne es sich nur um einen ersten Schritt handeln. Die Fraktion will den entsprechenden Paragraphen im Gesetz komplett streichen.

Im Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und Grünen heißt es: „Die Abstandsregeln für Repowering abzuschaffen, kann zu einer beschleunigten Erhöhung der Stromproduktion aus Windenergie führen und ist somit ein wichtiger Schritt, um den Ausbau erneuerbarer Stromproduktion in Nordrhein-Westfalen kurzfristig zu beschleunigen.“ Nordrhein-Westfalen habe sich vorgenommen, die Windenergie in den nächsten Jahren stark auszubauen, heißt es im

Antrag von CDU und Grünen. Ziel seien „1.000 zusätzliche Windenergieanlagen in den nächsten fünf Jahren“. Um die Akzeptanz vor Ort zu erhöhen, solle die Landesregierung Leitfäden für eine regionale Beteiligung entwickeln. Gemeinsam mit der NRW.Bank solle sie zudem einen Fonds auflegen, der gezielt Windenergieprojekte von Bürgerinnen und Bürgern bei der Projektentwicklung durch Risikokapital unterstütze.

„Unterschiedliche Ansichten“

Man begrüße die „Initiativen aus dem Parlament zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien“, heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände für die Ausschüsse. Beim Repowering bestünden unter den Verbänden jedoch unterschiedliche Ansichten. Städte- und Landkreistag hätten sich bereits 2021 „grundsätzlich ablehnend“ zur Einführung einer Mindestabstandsregelung geäußert. Städte- und Gemeindebund dagegen wollten an der 1.000-Meter-Abstandsregel fürs Repowering festhalten, bis die Windenergiegebiete in den Regionalplänen ausgewiesen seien.

Positiv äußerte sich der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Die Gesetzentwürfe seien ein „klares Bekenntnis“ zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Allerdings hätte man sich – wie im Gesetzentwurf der SPD vorgesehen – eine vollständige Streichung der Abstandsregeln gewünscht. Im Übrigen halte man „die geltenden immissionsschutz-

rechtlichen Regelungen für ausreichend, den Schutz der Bevölkerung vor schädlichen Einwirkungen zu garantieren“.

Die erforderliche Beschleunigung des Windenergieausbaus müsse im Einklang mit den Zielen des Natur- und Artenschutzes erfolgen, schreibt der Naturschutzbund in seiner Stellungnahme. Die Abschaffung der 1.000-Meter-Regel sei dringend erforderlich, „da diese Regelung einem naturverträglichen Ausbau der Windenergie entgegensteht“. Man unterstütze den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, er sei „in seiner Wirkung weitgehender“.

Der Verein „Vernunftkraft NRW“ sieht das anders. Im „Rahmen der Vorsorge“ nach Paragraf 5 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes müsse ein Mindestabstand von 1.000 Metern bestehen bleiben. Dies gelte auch fürs Repowering. Die Ausbauziele seien „selbst bei einem Abstand von 1.400 Metern nicht gefährdet“. Einen „zum Teil dramatischen Immobilienwertverlust“ zum Nachteil der Anwohnerinnen und Anwohner fürchtet der Verein „Gesellschaft

für Fortschritt in Freiheit“ bei Abständen unter 1.000 Metern von künftigen Großanlagen zur Wohnbebauung. Zudem seien „keine sachlichen Gründe erkennbar, die durch die Absenkung des Abstandes bei Repowering sicher zu einer signifikant höheren Stromproduktion führen werden“.

Der Verband kommunaler Unternehmen unterstütze die regierungstragenden Fraktionen in ihrem Ziel, die Windenergie schnell und massiv auszubauen. Das aus dem Antrag und Gesetzentwurf der Regierungsfractionen bestehende Paket zur Beschleunigung des Windkraft-Ausbaus erscheine „geeignet, den Ausbau der Windenergie im Land entscheidend zu vereinfachen“. Kritisch sehe man, „dass die Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregelung für Windräder im Außenbereich erst deutlich später erfolgen soll“. Für eine Beschleunigung des Windkraftausbaus sei es zentral, die Akzeptanz der Menschen vor Ort zu gewinnen.

„Wichtiges Signal“

„Dass nun zwei konkurrierende Gesetzentwürfe vorliegen, die sich mit der Abschaffung des 1.000-Meter-Abstands beschäftigen, ist ein gutes und wichtiges politisches Signal“, so der Landesverband Erneuerbare Energien NRW. Der Mindestabstand habe den Ausbau der Windenergie in NRW behindert. Man unterstütze den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, weil er weiter gehe als der von CDU und Grünen.

Die sofortige Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregelung, wie im Gesetzentwurf der SPD-Fraktion vorgesehen, „hätte für die Beschleunigung des Ausbaus kurzfristig möglicherweise den größeren Effekt“, schreibt das „Center for Wind Power Drives“ der RWTH Aachen. Allerdings entstehe ein „erhöhtes Akzeptanzrisiko, da die Kommunen in Ermangelung rechtssicherer Flächennutzungspläne kaum noch mitgestalten können“. Der Entwurf von CDU und Grünen sehe den Wegfall der Abstandsregelung lediglich innerhalb ausgewiesener Windenergiegebiete sowie für bestehende Flächennutzungspläne und Repowering-Projekte vor: „Auch wenn das Vorgehen konservativer erscheint, wird es aus unserer Sicht den Ausbau wirksamer beschleunigen. Den Grund dafür sehen wir in der Fortführung des mit dem neuen Wind-an-Land-Gesetz eingeschlagenen Weges, der die planerische Gestaltung für die Ausweisung der Windenergiegebiete in die Hände der Länder, Kreise und Kommunen gibt.“ *zab*

Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Windenergie ...



Jochen Ritter
(CDU)



... hat in NRW erhebliches Potenzial. Sollen die Menschen und die Unternehmen unabhängiger von fossilen Energieträgern und Emissionen von Treibhausgasen vermieden werden, muss es mehr als bisher erschlossen werden. Dabei ist NRW auf einem guten Weg: Bei der letzten Ausschreibung der Bundesnetzagentur für Windenergieanlagen an Land entfielen die größten Zuschlags-Volumina auf Gebote für Standorte in Nordrhein-Westfalen.



André Stinka
(SPD)



... ist Freiheitsenergie und Rückgrat der Erneuerbaren. 12 GW Leistung soll der Wind uns 2030 bringen, aktuell sind es keine 7. Nur 68 Anlagen kamen 2022 netto hinzu, 200 müssten es jährlich sein. Sonst verpasst Schwarz-Grün das Ausbauziel 1.000 Windräder bis 2027. Die Landesregierung muss Verfahren beschleunigen und Hürden abbauen – für Klimaschutz und für günstige Preise für Menschen und Wirtschaft.



Michael Röls
(Grüne)



... ist neben Photovoltaik das zentrale Element der Energiewende im Stromsektor, um NRW und Deutschland auf den Pfad der Klimaneutralität zu bringen. In den vergangenen Jahren ist der Windenergieausbau zu schleppend vorangekommen. Daher machen wir jetzt Tempo: Schon bis 2025 wollen wir 1,8 Prozent der Landesfläche für Windenergie nutzen und damit die Flächenziele des Bundes sieben Jahre vor der Frist erreichen.



Angela Freimuth
(FDP)



... ist ein wichtiger Baustein im Energiemix, um günstige und klimafreundliche Energie für Betriebe und Haushalte zur Verfügung zu stellen und unabhängiger von Energieimporten zu werden. Für die bestmögliche Nutzung der aus Wind produzierten Energie müssen wir Energienetze und -speicher ausbauen, damit auch in Zeiten von Windflauten gesicherte Leistung aus der Windkraft zur Verfügung steht.



Christian Loose
(AfD)



... wird nie eine zuverlässige, preiswerte und grundlastfähige Energieversorgung sein. Diese Art der Stromerzeugung ist vom Wetter und damit vom Zufall abhängig. Durch Vorschreiten der „Energiewende“ sind die Strompreise massiv gestiegen. Es besteht zudem die Notwendigkeit, zu jeder Windindustrieanlage ein Back-up-Kraftwerk bereitzuhalten, das bei fehlendem Wind den Strom liefert.

„Windenergie und Abstände“

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Abstände ...

... zwischen Windrad und Wohnbebauung spielen nach wie vor eine Rolle. Wir haben beschlossen, für das Repowering nicht an der pauschalen Distanz von 1.000 Metern festzuhalten. Auch der starre Vorsorgeabstand, der bisher im Landesentwicklungsplan in Höhe von 1.500 m vorgesehen ist, soll nicht länger Bestand haben. Es bleibt die differenzierte Prüfung der Einzelfälle, welche Abstände konkret nötig sind, um eine bedrängende Wirkung zu vermeiden.

... zur Wohnbebauung sind nach dem Bundesimmissionschutzgesetz gewährleistet. Pauschale Abstände wie die 1.000-Meter-Regel sind ein Ausbauhemmnis für die grüne Zukunft. Die Grünen sperren sich mit der CDU gegen die Entfesselung der Windkraft. Die SPD hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Streichung der Abstände vorsieht. Das unterstützen Experten aus Wirtschaft, Energiebranche und Naturschutz.

... zu Windenergieanlagen sollten aufs Notwendigste reduziert werden. Das würde Kommunen sowie Betreiberinnen und Betreibern mehr Flexibilität geben. Der Wegfall des pauschalen Mindestabstands beim Repowering sowie in Windenergiegebieten ist ein erster wichtiger Schritt neben der Ausweitung der verfügbaren Flächen für mehr grünen und günstigen Strom in NRW.

... von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung, Wald und Naturschutzgebieten sind für die Akzeptanz der Anlagen bei Anwohnern und für den Schutz der Umwelt von zentraler Bedeutung. Der Flächenbedarf für die Windenergie muss mit dem Naturschutz und dem Bedarf an und der Entwicklung von Siedlungs- und Gewerbeflächen vereinbart werden.

... zwischen Windindustrieanlagen und jedweden Siedlungsgebieten sollten mindestens das 10-fache der Höhe der Anlage betragen. Nur so lassen sich die Belästigungen und Gefährdungen der Anwohner durch Schlagschatten, Schalldruck und Lärm sowie von herabfallenden Teilen im Falle einer Havarie oder von Funkenflug im Brandfall zumindest reduzieren.

Regionale Akzeptanz ...

... kann auch erreicht werden, wenn die zur Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Quellen nötigen Anlagen gleichmäßig über die Regionen verteilt werden und die damit verbundene Wertschöpfung zumindest teilweise vor Ort verbleibt. Der weite Rahmen, so wie er jetzt als Grundlage für die Änderung des Landesentwicklungsplans skizziert ist, lässt ausreichend Raum für die Vorstellungen der Träger der nachfolgenden Planungen insbesondere durch die Städte und Gemeinden.

... ist wichtig, um Klimaneutralität in NRW zu erreichen. Alle Regionen müssen dazu beitragen, wie es möglich und sinnvoll ist – beim Ausbau der Windkraft, der Solarenergie, der Netze. Für das gemeinsame Ziel sollten Regionen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Akzeptanzfragen sind nicht neu, sondern betrafen schon Energieträger von der Kohle bis zur Kernkraft oder Industrie in Ballungsräumen.

... ist bereits heute sehr hoch. Diese wollen wir erhalten und fördern, denn die Energiewende muss vor Ort gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern angegangen werden. Dafür braucht es gute Beteiligungsmöglichkeiten sowie frühzeitige und transparente Kommunikation. Ein weiterer akzeptanzsteigernder Aspekt ist eine gerechte Verteilung der Windenergieanlagen in den unterschiedlichen Regionen.

... ist ein Beschleuniger für den Ausbau der Windenergie. Die regionale Akzeptanz für Windenergie steigt, wenn Regionen und Kommunen eigenständig entscheiden können, wie und wo die benötigten Flächen für Windenergieanlagen geschaffen werden. Klar ist, alle müssen nach ihren Möglichkeiten einen Beitrag hierzu leisten.

... lässt sich auch über Bürgerbeteiligungsgesellschaften nicht kaufen. Die Bürger werden leider erst über die Zeit erkennen, dass den größten Gewinn an der Anlage der Projektierer gemacht hat, der sich mit einem schnellen Verkauf der Anlage dem erheblichen, finanziellen Risiko des späteren Rückbaus entzieht. Die Bürger der Gemeinde werden hingegen mit Brotsamen abgespeist.

Anwohnerinnen und Anwohner ...

... können der Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Quellen in ihrem Umfeld mehr abgewinnen, wenn sie an den dabei erzielten Erlösen beteiligt werden. Die regierungstragenden Fraktionen suchen nach Wegen, inwieweit und wie die Betreiber der entsprechenden Anlagen dazu in die Pflicht genommen werden können.

... sollen flächendeckend vom Ausbau der Windkraft profitieren können, damit im Portemonnaie sichtbar wird: Klimaschutz lohnt sich schon heute! Es braucht nicht nur verpflichtende Angebote zur finanziellen Beteiligung an Windkraftanlagen der Nachbarschaft, sondern auch Modelle für vergünstigte Strompreise für Anwohnerinnen und Anwohner. Denn nicht jede und jeder hat Rücklagen für Investitionen.

... sollen von der Windenergie vor Ort profitieren. Daher möchten wir Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger durch ein Bürgerenergiegesetz unmittelbar finanziell am Erlös der Anlagen beteiligen. Diese Möglichkeit wollen wir stärken, denn sie ist ein weiterer Anreiz, Windenergieprojekte zu planen und umzusetzen.

... sind offen und aufgeschlossen für Windenergieanlagen in ihrer Umgebung, wenn ihre Sorgen ernst genommen werden und sie bei den Planungen mitgenommen werden. Der Nutzen klimafreundlicher und günstiger Windenergie wird allen vor Ort deutlicher, wenn Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger auch finanziell von den Windenergieprojekten profitieren können.

... sollten jede Gelegenheit nutzen, sich sorgfältig und umfassend über die Gefahren für ihre Gesundheit und ihren Wohnwert durch nur wenige hundert Meter entfernte, aber bis zu 250 Meter hohe Windindustrieanlagen zu informieren. Die Betreiber von Windindustrieanlagen sollten zur Entschädigung der Anwohner gesetzlich verpflichtet werden.

„Häuser und Herzen für die Geflü

24. Februar 2023 – Es war ein trauriger, ein bedrückender Jahrestag, an dem Jugendliche aus Nordrhein-Westfalen und der Ukraine im Plenarsaal Platz nahmen. Vor genau einem Jahr, am 24. Februar 2022, begann der russische Angriffskrieg auf das nicht einmal 2.000 Kilometer von Deutschland entfernte Land. Mit André Kuper, dem Präsidenten des Landtags, und der ukrainischen Generalkonsulin Iryna Shum sprachen die Schülerinnen und Schüler vor allem darüber, wie den Geflüchteten geholfen werden kann – aber auch über ihre Angst vor einer Ausweitung des Krieges.

Das Gespräch „Schule in Zeiten des Krieges“ war Teil der Aktionstage „Landtag macht Schule“. Die Jugendlichen kamen aus Soest, Gütersloh und Dortmund, aus Heiligenhaus und Düsseldorf: deutsche Schülerinnen und Schüler, aber auch junge, aus der Ukraine geflüchtete Menschen, die mittlerweile in Nordrhein-Westfalen zur Schule gehen.

„Unendliches Elend“

André Kuper, der Präsident des Landtags, sprach von „menschlichem Leid und unendlichem Elend“, das der Krieg in die Ukraine gebracht habe. Er erinnerte an die Bilder zer-

störter Wohnhäuser und zerstörter Schulen, an auseinandergerissene Familien.

Eine der Fragen, die die Schülerinnen und Schüler hatten: „Was tun wir Deutschen, um der Ukraine zu helfen?“ Iryna Shum, die Generalkonsulin der Ukraine in Düsseldorf, berichtete vom Einsatz des Landes und der Menschen, die „Häuser und Herzen“ geöffnet hätten. Diese Solidarität werde in der Ukraine registriert, sie gebe ihren Landsleuten „Mut und Kraft“. Shum hob zudem die steigende Zahl von Städtepartnerschaften hervor. Auch dies zeige, wie engagiert Bund, Land und Kommunen seien. Landtagspräsident Kuper wies auf die zahlreichen Hilfstransporte hin.

Eine andere Frage: „Welche Perspektiven haben ukrainische Kinder in Deutschland?“ Es sei wichtig, dass die Kinder in die Schule gingen und gleichzeitig die Verbindung zur ukrainischen Sprache und Kultur behielten, sagte Generalkonsulin Shum. Sie sprach von „besten Bedingungen“ und dafür sei sie sehr dankbar.

Die Jugendlichen fragten nach Förderprogrammen für Geflüchtete, nach den wirtschaftlichen Folgen des Krieges für Deutschland. Und schließlich: „Was können wir eigentlich gegen Putin tun?“ Alle könnten den Menschen aus der Ukraine helfen, gut in Deutschland anzukommen, sagte Kuper. Damit tue man auch etwas gegen den russischen Präsidenten.



Zum Schluss ein Gruppenfoto: Landtagspräsident André Kuper (vorn im Mittelgang, v.r.), die ukrainische Generalkonsulin Iryna Shum und der polnische Generalkonsul Jakub Wawrzyniak, der die Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern verfolgt hatte.

„Achteten aus der Ukraine geöffnet“

Einige Jugendliche hielten es für gefährlich, der Ukraine mit Waffen und Panzern zu helfen, und hatten Angst vor einem möglichen Atomwaffeneinsatz Russlands. „Niemand kann einen Atomkrieg gewinnen“, hielt der Landtagspräsident dagegen. Das wisse auch Putin. Andere wiederum fragten, warum Deutschland „so lange“ mit der Panzerlieferung gewartet habe.

„Danke“

Kurz vor dem Ende des Gesprächs erhob sich eine junge Frau aus der Ukraine. Sie hatte keine Frage, sie wollte „Danke“ sagen. Dafür, dass so viele – und insbesondere Nordrhein-Westfalen – ihr Land unterstützen. *red*

(siehe auch S. 13)



Generalkonsulin Iryna Shum und André Kuper, der Präsident des Landtags, stellen sich den Fragen der Schülerinnen und Schüler.

Weitere Veranstaltungen am Jahrestag

Zum Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine hatte der Landtag Nordrhein-Westfalen die ukrainische Fahne vor dem Parlament gehisst. André Kuper, der Präsident des Landtags, versicherte der Generalkonsulin der Ukraine, Iryna Shum, die Solidarität des Parlaments. Zudem eröffneten sie im Landtag eine Ausstellung über den Krieg in Kiew.

Der Jahrestag begann mit einem Austausch des Präsidenten mit dem Verein „Blau-Gelbes Kreuz“, an dem auch Vizepräsident Rainer Schmeltzer und Vizepräsidentin Berivan Aymaz teilnahmen. Der Verein setzt sich seit 2014 für die Entwicklung einer freien, demokratischen Ukraine ein und leistet Hilfe für die Opfer des Krieges.

In der Bürgerhalle des Landtags wurde die Ausstellung „Kiew ist das unbezwingbare Herz Europas“ eröffnet. Die Bilder zeigen die ukrainische Hauptstadt mit ihrer 1.500-jährigen Geschichte und ihren historischen und geistigen Verbindungen zu Europa. Zu sehen sind u. a. Jugendliche, die in einer zerschossenen Sporthalle Basketball spielen, brennende Häuser nach einem Raketenangriff und ein Mädchen, das einen Ball in das Kanonenrohr eines Panzers drückt. Kiew gehörte zu den ersten Städten, die am 24. Februar 2022 angegriffen wurden. Mehr als einen Monat lang gab es erbitterte Kämpfe, fast 790 Infrastruktureinrichtungen und Wohnhäuser wurden beschädigt oder zerstört und es gab zahllose Todesopfer unter der Zivilbevölkerung.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf hatte zu einer gemeinsamen Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer des russischen Angriffskrieges auf dem Rathausvorplatz eingeladen. André Kuper und Iryna Shum nahmen in Begleitung weiterer Gäste aus Düsseldorf daran teil.

„An der Seite der Ukraine“

Kuper sagte: „Ein Jahr Überfall Russlands auf die Ukraine bedeutet ein Jahr Krieg in Europa. Wir alle spüren die Folgen. Vor allem sind wir aber in Gedanken bei den Menschen, die um ihr Leben, ihre Freiheit und für die Sicherheit von Europa kämpfen. Die freie Welt steht zusammen gegen Putin. Wir halten dem Dunkel der Tyrannei das Licht der Demokratie entgegen. Nur demokratische Staaten gewährleisten Frieden, Freiheit und gleiche Rechte für alle. Auch nach einem Jahr Krieg steht Nordrhein-Westfalen fest an der Seite der Ukraine. Der Landtag hat eine Partnerschaft von Nordrhein-Westfalen mit der ukrainischen Region Dnipropetrowsk beschlossen. Das ist mehr als ein Symbol: Wir geben Menschen, die vor Putin flüchten, ein Dach über dem Kopf, integrieren ukrainische Kinder in unsere Schulen und organisieren konkrete humanitäre Hilfe. Wir werden das Leid der Menschen in der Ukraine nie vergessen.“



Fotos: Schälte



AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Krankenhausplanung erfolgreich fortsetzen

Mit dem neuen Krankenhausplan wird die Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen nachhaltig gestärkt und zukunftsfest ausgerichtet. Mit der Abkehr von der Planungsgröße „Bett“ plant NRW näher an der Realität, rückt die Qualität der Versorgung in den Fokus, sichert

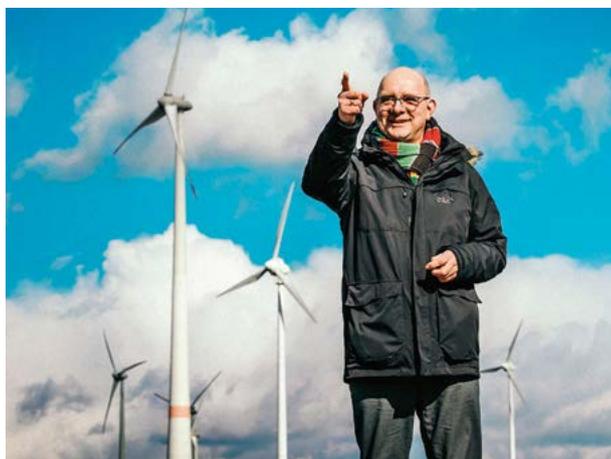
eine flächendeckende, wohnortnahe Versorgung und beendet den mitunter ruinösen Wettbewerb um Patienten, Fallzahlen und Personal. Unsere Krankenhausplanung hat bundesweit Beachtung als „Blaupause“ für eine zeitgemäße Krankenhausplanung gefunden. Kürzlich betonte auch

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach im Interview mit „The Pioneer“ wieder die Gemeinsamkeiten zwischen Bund und Ländern, lobte unsere Krankenhausplanung: „Ich hatte Laumann in NRW kritisiert, aber ich habe da nachher noch einmal drüber nachgedacht. Das ist eigentlich auch unfair, weil die Reform, die Laumann jetzt macht, ist einfach ein guter Vorläufer

von dem, was wir gemeinsam planen.“ Damit korrigierte er seine im Landtag geäußerten Worte, bei der er NRW vor einem „Alleingang“ warnte und für den Bund in Anspruch nahm, die Krankenhausplanung zu bestimmen. In einem Antrag im März II-Plenum haben CDU und GRÜNE noch einmal betont, dass Krankenhausplanung Länderhoheit ist. Marco Schmitz, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion: „Jetzt ist der Zeitpunkt, um gemeinsam mit dem Bund konstruktive Ideen gemeinsam für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen zu verwirklichen.“



Windenergie mit Beteiligungsmöglichkeiten: Lichtenau ist die Blaupause für NRW



André Stinka, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, in der „Energierstadt“ Lichtenau. Foto: Mirko Raatz

„Energierstadt“ – so steht es auf dem gelben Ortseingangsschild von Lichtenau im Kreis Paderborn. Und das kommt nicht von ungefähr: Insgesamt 190 Windenergieanlagen drehen sich auf Lichtenauer Stadtgebiet. Während der TeamWochen unseres Teams Transformation begab sich André Stinka, wirtschaftspolitischer Sprecher unserer Fraktion, auf die Spuren des Windkraft-Booms in Ostwestfalen.

Die Stromproduktion ist zehnmal höher als der Verbrauch in der Stadt. Und die Anwohnerinnen und Anwoh-

ner profitieren: Sie haben Anteile an den Windrädern und finanzieren diese mit, wodurch sie von Zinsausschüttungen profitieren. Wer keine finanziellen Mittel einlegen kann, profitiert dennoch mittelbar. Eine Bürgerstiftung verteilt Geld aus den Einnahmen an kulturelle und soziale Projekte. „Nachhaltige, unabhängige und bezahlbare Stromversorgung in NRW ist möglich“, sagte Stinka. Lichtenau macht es vor – und eignet sich damit als Blaupause für ganz NRW.



30 Jahre Solingen: Gedenken an die Opfer und Lehren für unsere Gesellschaft

In der Nacht auf den 29. Mai 1993 wurden Gürsün İnce (27), Hatice Genç (18), Gülüstan Öztürk (12), Hülya Genç (9) und Saime Genç (4) bei dem rassistischen Brandanschlag in Solingen getötet. Viele weitere Familienmitglieder wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Der Anschlag in Solingen war ein trauriger Höhepunkt rechtsextremer Gewalt nach der Wiedervereinigung. Vor dem Hintergrund einer rassistisch aufgeladenen Debatte um das Asylrecht wurden eine Reihe von Brandanschlägen und Ausschreitungen begangen wie unter anderem in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen oder Mölln. Es existiert bis heute eine Kontinuität rassistischer Gewalt. Die Verbrechen des NSU, die menschenverachtenden Anschläge von München, Halle und Hanau machen das schmerzhaft deutlich.

Das Gedenken an die Opfer von Solingen ist wichtig für das kollektive Gedächtnis unserer Gesellschaft. Denn Erinnern bedeutet auch, Lehren aus dem Erfahrenen zu ziehen und über rechts-extremistische Strukturen sowie über Diskriminierung aufzuklären.

Die GRÜNE Landtagsfraktion veranstaltet am Samstag, 29. April, die Fachtagung „30 Jahre Solingen: Kontinuitäten rassistischer Gewalt und Lehren für unsere Einwanderungsgesellschaft“ im Plenarsaal des Landtags NRW. Dabei diskutieren wir mit Expertinnen und Experten wie beispielsweise mit dem Journalisten und Migrationsforscher Dr. Mark Terkessidis sowie der



Leiterin des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuarbeit in NRW, Karima Benbrahim, über konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und rassistischer Gewalt sowie zur Unterstützung und Stärkung von Betroffenen in NRW. Weitere Informationen zu der Tagung sowie die Möglichkeit zur Anmeldung erhalten Sie unter: <https://gruene-fraktion-nrw.de>



FDP-Landtagsfraktion feiert Politischen Jahresauftakt

Dem Motto „Hallo 2023“ folgten zahlreiche Gäste, um im Landtag mit anderen politisch interessierten und engagierten Menschen gemeinsam über die beste Politik für NRW zu debattieren. Sie wurden nicht enttäuscht. Beim diesjährigen Politischen Jahresauftakt der FDP-Landtagsfraktion NRW wurde über große Fragen diskutiert: „Wie können wir das enorme Potenzial NRW für die Menschen und Unternehmen in Krisenzeiten besser aktivieren und fördern? Was müssen wir unternehmen, um den Wohlstand für alle im Land zu erhalten?“

Henning Höne formulierte unmissverständlich: „Jetzt muss eine wirtschaftspolitische Zeitenwende folgen! Bürokratie, langsame Genehmigungen, wenig Digitalisierung, hohe Energie-

preise – wir verlieren in Deutschland die Wettbewerbsfähigkeit. Aus der Zufriedenheit mit dem Status quo muss wieder der Wunsch nach Wachstum werden“, sagte der Vorsitzende der FDP-



Landtagsfraktion NRW vor den interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern im vollen Plenarsaal des Landtags. Gastredner Professor Dr. Lars Feld vom Walter Eucken Institut in Freiburg gab anschließend einen Überblick zu aktuellen wirtschaftlichen Rahmendaten. Der Abend klang mit gemeinsamen Diskussionen angenehm aus. So unterschiedlich alle Besucherinnen und Besucher an diesem Abend waren, so einte die meisten doch der gleiche Antrieb: die Lust auf Veränderung und auf die Zukunft.



Mehr Windkraft ist schlecht für Bürger, Industrie und Natur!

Kürzlich widmete sich eine Sachverständigenanhörung den Windkraft-Ausbauplänen der Landesregierung. Kritikpunkte der AfD-Fraktion an dieser Form der Energiegewinnung sind deren enormer Ressourceneinsatz, Unzuverlässigkeit, mangelnde Speichereffizienz und Ineffizienz. Außerdem konkrete Probleme bei deren Ausbau in NRW:

Erstens: Die Beschränkung der weiteren Entwicklung von Gewerbe. Die Erweiterung einer Produktionsstätte kann zukünftig an einem lärmenden Windrad scheitern, weil das Gesetz nur ein gewisses Maß an insgesamt emittiertem Lärm erlaubt. Zweitens: Beim sog. „Repowering“ ersetzt man ohne Diskussion mit Anwohnern „kleine“ Windräder von 50 Meter Höhe durch monströse 250-Meter-Windräder und verursacht so beträchtliche, negative Aus-



Christian Loose (AfD)

wirkungen auf die Werte von Immobilien. Drittens: Der Aufbau von Windindustrieanlagen in Wäldern führt zur weiteren Zerstückelung und Verspargelung der Kulturlandschaften. Die Politik, die sich sonst gerne als Umweltschützer darstellt, möchte hier Fundamente von bis zu 3.500 Tonnen Stahlbeton für jede Windindustrieanlage mitten im Wald erlauben.

Zum Schutz von Eigentum, Industrie und Natur lehnen wir deshalb den weiteren Ausbau der Windkraft ab.





Corona und die Folgen

1.3.2023 – Welche Auswirkungen hatte die Corona-Pandemie auf die soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderung? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Untersuchung der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen (Abteilung Münster). Claudia Middendorf, Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie Patientinnen und Patienten, hatte die Studie in Auftrag gegeben. Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales stellte sie Ergebnisse vor. An der Befragung hätten sich 763 Menschen beteiligt, sagte Middendorf. Während der Pandemie habe sich gezeigt, wie wichtig strukturierte Tagesabläufe für Menschen mit Behinderung seien. Einrichtungen hätten sich während der Pandemie zum Teil „völlig abgeschottet“ und Freizeitangebote zurückgefahren. Selbst ihre Mahlzeiten hätten die Betroffenen allein auf dem Zimmer einnehmen müssen. Soziale Kontakte seien kaum noch möglich gewesen. Middendorf empfahl, Werkstätten und Inklusionsbetriebe auch während einer Pandemie geöffnet zu lassen. Ansonsten bestehe die Gefahr sozialer Isolation.

Deutschlandticket

1.3.2023 – Ein Nahverkehrsticket für ganz Deutschland: Das Deutschlandticket war Thema im Verkehrsausschuss. Ab Mai sollen Abonentinnen und Abonenten für 49 Euro monatlich bundesweit Bus und Bahn nutzen können. Verkehrsminister [Oliver Krischer](#) (Grüne) legte dem Ausschuss einen Bericht ([18/848](#)) dazu vor und erläuterte, dass es zudem breiten Rückhalt für ein bundesweit einheitliches Solidarmodell gebe, das noch einmal günstiger als das reguläre Deutschlandticket werden solle. Hintergrund sind verschiedene vergünstigte Angebote wie das Sozialticket und Tickets für Schülerinnen und Schüler oder Studierende. Allerdings seien noch eine Reihe von Fragen zu klären, ebenso wie bei der Idee eines vergünstigten Deutschlandtickets als Jobticket. Daneben halte Nordrhein-Westfalen für Gelegenheitsfahrgäste mit „eezy.nrw“ ein unkompliziertes, tarifungebun-

denes Ticketsystem vor, dessen Verbreitung allerdings noch wachsen dürfe. Insgesamt sei eine „Aufbruchsstimmung im Ticketbereich“ zu spüren.

Zeitungsmarkt

2.3.2023 – Die Zukunft des nordrhein-westfälischen Zeitungsmarktes war Thema im Ausschuss für Kultur und Medien. Aktuelle Entwicklungen bei den Unternehmen Bertelsmann und RTL sowie Gruner+Jahr belegten „einmal mehr die Herausforderungen, die der Journalismus im Allgemeinen und der Lokaljournalismus im Besonderen im digitalen Wandel zu meistern haben“, heißt es in einem Bericht der Landesregierung ([18/905](#)), der der Diskussion zugrunde lag. Der digitale Wandel habe zu „tiefgreifenden Veränderungen“ im Zeitungsmarkt geführt. Die Landesregierung betrachte es als ihre Aufgabe, Verlagen „bestmögliche Rahmenbedingungen“ zu bieten, wobei der Grundsatz der Staatsferne zu beachten sei. Es biete sich eine „Förderung von Infrastruktur oder Vertrieb an, fernab des redaktionellen Betriebs“. Die Landesregierung unterstütze daher u. a. Projekte der journalistischen Aus- und Weiterbildung wie die Jugendredaktion „Salon5“, das Angebot „Medienmacher 4.0 – die Ruhrreporter“ sowie ein Mentoring-Programm des Vereins „Neue deutsche Medienmacher*innen“.

Überschwemmung und Erosion

3.3.2023 – Wie kommt es zu solch dramatischen Erdbeben wie in Erftstadt-Blessem beim Hochwasser im Juli 2021? Sind solche Erdbeben wie an der Abbruchkante der dortigen Kiesgrube auch an Tagebaustätten anderenorts zu erwarten? Und wie steht es um die Gefahrenanalyse der Tagebaue? Diese Fragen beschäftigten den Unterausschuss Bergbausicherheit. Während seiner Sitzung erfuhren die Abgeordneten durch einen Bericht der Landesregierung ([18/912](#)) sowie einen Vortrag eines Gutachters, dass bei der Hochwasserkatastrophe die zuvor für Blessem angestellten Berechnungen zur

Extremsituation um das Fünffache übertroffen worden seien. Ein Vertreter eines Gutachterbüros erläuterte, dass sich die Gefährdungsanalyse auf Hochwassergefahrenkarten und auf eine Bewertung der lokalen Erosionsgefahr stütze. Die Erosionsgefahr sei umso größer, je instabiler die Oberfläche und je widerstandsloser der Untergrund, also das Gestein, seien. Wenn ein Ort als erosionsgefährdet und laut Karte zudem als hochwassergefährdet gelte, müssten Vorkehrungen getroffen werden, die vor Erosion schützten. Pflanzen etwa verringerten die Strömungsgeschwindigkeit des Wassers und erhöhten zugleich mit ihren Wurzeln den Erosionswiderstand. Laut Ministerium seien bei allen 14 Tagebaubetrieben, die unter nordrhein-westfälischem Bergrecht stünden, Gefährdungsbeurteilungen erfolgt. Ergebnis: In acht Fällen würden Maßnahmen zum Erosionsschutz empfohlen.

Schwimmcontainer

14.3.2023 – Mindestens zwölf Meter lang und drei Meter breit sollen sie sein: In mobilen Containern sollen Grund- und Vorschulkinder in Nordrhein-Westfalen demnächst schwimmen lernen. Über das Modellvorhaben der Landesregierung haben die Abgeordneten im Sportausschuss diskutiert. Grundlage war ein Bericht der Landesregierung ([18/938](#)). Schwimmcontainer seien eine „innovative Lösung“, um dem „hohen Bedarf nach frei verfügbaren, gesicherten Wasserflächen zu begegnen“, heißt es darin. Geplant sei, je einen Schwimmcontainer in den fünf Regierungsbezirken einzusetzen, wo sie an mehreren Standorten je vier Wochen Station machen sollen. Bis zu sechs Kinder könnten an einem Kurs teilnehmen. Träger sei in der Regel ein Kreis- oder Sportbund. Nach Ablauf der Projektlaufzeit soll das mobile Schwimmbad in das Eigentum des Trägers übergehen. Für die Projektdauer von zwei Jahren stehen den Angaben zufolge drei Millionen Euro zur Verfügung. Die Abgeordneten äußerten sich überwiegend positiv zum Projekt. Die Opposition bemängelte allerdings, dass Schwimmcontainer nicht ausreichen, um die Defizite beim Schwimmen auszugleichen.



FORUM

Kampf für Demokratie an vorderster Front

31. Januar 2023 – Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat den Krieg zurück nach Europa gebracht. Aber auch andernorts fordern autokratische Systeme westliche Demokratien heraus. „Im Kampf mit den Despoten – Wie wehrhaft ist die Demokratie?“ lautete der Titel des ersten Parlamentsgesprächs 2023, zu dem der Präsident des Landtags, André Kuper, eingeladen hatte.

Auf dem Podium begrüßte der Präsident die Generalkonsulin der Ukraine in Nordrhein-Westfalen, Iryna Shum, Prof. Dr. Peter R. Neumann, Professor für Sicherheitsstudien am King's College London, und Friedbert Meurer, Leiter der Deutschlandfunk-Redaktion Aktuelles.

Zu Beginn des Parlamentsgesprächs betonte Kuper: „Die Feinde der Demokratie sind Despoten, Diktatoren und Autokraten, die sich gegen ein Zusammenleben in Frieden, in Freiheit und in Vielfalt stellen. Die Menschenrechte, Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit missachten, unterdrücken und bekämpfen.“

Innerhalb der westlichen Wertegemeinschaft, so Kuper weiter, seien es Populisten und Extremisten, „die mit Hass, Hetze und Falschinformationen Misstrauen in die demokratischen Institutionen schüren. Der Sturm auf das US-Kapitol und die Vorfälle am Deutschen Bundestag sind verstörende Beispiele dafür, wohin das Aufwiegeln von Menschen führen kann. Sie zeigen: Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie muss täglich gelebt und verteidigt werden.“

Generalkonsulin Iryna Shum nannte den Krieg in ihrer Heimat einen „brutalen“ Angriff auf die Demokratie. Die Ukrainerinnen und Ukrainer verteidigten Europas Werte „an vorderster Front“.

Shum berichtete auch von einer Veränderung in Deutschland. Die derzeitige Debatte über Waffenlieferungen an ihre Heimat sei so vor einem Jahr nicht möglich gewesen, betonte sie. Zugleich hätten die Menschen ihre Häuser und Herzen für mittlerweile rund eine Million Geflüchtete aus ihrer Heimat geöffnet. Die Empathie habe heute ein ganz anderes Niveau und dies gebe den Ukrainerinnen und Ukrainern viel Kraft.

„In der Defensive“

Der Politikwissenschaftler Peter R. Neumann betonte, in der Ukraine werde das Prinzip verteidigt, dass alle Staaten territoriale Integrität haben, gegenseitig ihre Grenzen respektierten. Dieses Prinzip sei von Russland verletzt worden und diese Verletzung müsse Konsequenzen haben, damit nicht andere Despoten diesem Beispiel folgten.

Neumann mahnte, die Demokratie sei in der Defensive. Daher müsse man sich mehr Mühe geben, sie zu erklären und sie auch so zu leben, dass sie für Menschen in nicht demokratischen Staaten ein Beispiel sei.

Der Journalist Friedbert Meurer berichtete, wie ihn der Zusammenhalt und Gemeinschaftsgeist der Ukrainerinnen und Ukrainer beeindruckte. Sie verteidigten sich und erduldeten nicht passiv. Deutschland sei zwar in einer anderen Situation. Dennoch wünsche er sich, dass auch hierzulande nicht nur über Krisen geredet werde. Es gebe ein Bedürfnis der Menschen, auch über Lösungen zu sprechen.

Und wo muss Deutschland besonders sensibel sein bei der Bewahrung der Demokratie? Meurer nannte die Meinungsfreiheit. Dazu gehöre, dass Medien sich auch mit abweichenden Meinungen auseinandersetzen müssten. In den Sozialen Medien fänden diese Diskussionen ohnehin statt.

Neumann unterstützte dies. Er habe den Eindruck, dass die Gesellschaft schon fast nervös geworden sei, wenn es um kontroverse Meinungen gehe. Kontroverse Debatten müssten aber zugelassen werden. *red*

Der Präsident des Landtags, André Kuper (M), begrüßte zum Parlamentsgespräch: (v.l.) Moderatorin Vivien Leue, die ukrainische Generalkonsulin Iryna Shum, den Politikwissenschaftler Prof. Dr. Peter R. Neumann sowie den Journalisten Friedbert Meurer. *Fotos: Zanin*



Kurz notiert

Siegerehrung

Am 22. März 2023 hat das Präsidium des Landtags die Siegerklassen des Malwettbewerbs 2022/2023 empfangen. Der Wettbewerb an den vierten Grundschulklassen stand unter dem Motto „Was wünscht Ihr Euch für das Jahr 2023?“. Präsident André Kuper, Vizepräsident Rainer Schmeltzer, Vizepräsidentin Berivan Aymaz und Vizepräsident Christof Rasche begrüßten mehr als 130 Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften im Landesparlament. Das Präsidium hatte das Bild der Klasse 4b der Krefelder Pestalozzischule als Siegerbild ausgewählt. Die Schülerinnen und Schüler erhielten 1.000 Euro für ihre Klassenkasse. Platz zwei (750 Euro) ging an die Klasse 4b der Paul-Gerhardt-Schule in Rheine, über Platz drei (250 Euro) konnten sich die Schülerinnen und Schüler der Klasse 4a der Katholischen Grundschule Buisdorf in Sankt Augustin freuen. Die Walklasse (4b) der Grundschule Burg Berge in Odenthal erhielt für ihre Bastelarbeit einen mit 250 Euro dotierten Sonderpreis. Mehr Informationen unter www.landtag.nrw.de/Aktuelles/Meldungen und Berichte.

Nacht der Museen

Nach der Coronapause beteiligt sich der Landtag in diesem Jahr wieder an der Düsseldorfer „Nacht der Museen“. Am Samstag, 22. April 2023, ist das Landesparlament ab 19 Uhr für Interessierte geöffnet, auf die ein umfangreiches Programm wartet. Besucherinnen und Besucher können an Führungen zum Thema „Kunstankäufe seit 2020“ teilnehmen. Im Plenarsaal finden jeweils zur halben Stunde Vorträge zum Landtag am Rhein statt. In der Wandelhalle ist das Werk „Blister“ des Lichtkünstlers Volkhard Kempfer zu sehen. Und auf der LED-Wand am Vorplatz wird die Videoarbeit „ZID/Wall“ der Künstlerin Danica Dakic gezeigt. Natürlich können Nachtschwärmerinnen und Nachtschwärmer das Landtagsgebäude und dessen Kunstwerke erkunden oder an der Kaffeebar eine Pause vom Kunstgenuss einlegen.

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 30. Mai 2023. Sie ist bereits ab Freitagnachmittag, 26. Mai 2023, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.



Der Präsident des Landtags, André Kuper (2.v.l.), hatte gemeinsam mit Ministerpräsident Hendrik Wüst (3.v.r.) und Landrat Dr. Axel Lehmann (2.v.r.) zu dem Festakt eingeladen. Die Festrede hielt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (M.), der mit seiner Frau Elke Büdenbender nach Detmold gekommen war. Foto: Landtag NRW/Bernd Thissen

900 Jahre Lippe

Mit einem gemeinsamen Festakt haben Landtag, Landesregierung und Kreis Lippe am 5. März 2023 zwei Jubiläen gefeiert: 900 Jahre Lippe und 50 Jahre Kreis Lippe. Auf Einladung des Präsidenten des Landtags, André Kuper, Ministerpräsident Hendrik Wüst und Landrat Dr. Axel Lehmann kamen zahlreiche Gäste im Detmolder Landestheater zusammen. Die Festrede hielt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der gebürtiger Detmolder ist. Lippe ist seit 1947 neben dem Rheinland und Westfalen der dritte Landesteil von Nordrhein-Westfalen. Den Kreis Lippe gibt es seit der Gebietsreform im Jahr 1973. Er wurde aus den Kreisen Detmold und Lemgo gebildet.